

Bernd Schildt

Die Entwicklung der Zuständigkeit des Reichskammergerichts



GESELLSCHAFT FÜR
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

Heft 32

*Schriftenreihe
der Gesellschaft für*

Reichskammergerichtsforschung

Heft 32

Wetzlar, 2006

Bernd Schildt

Die Entwicklung der Zuständigkeit der Reichskammergerichts

**Von der Kayserlichen Cammer-Gerichts-Ordnung Anno 1495
zum Concept der Cammer-Gerichts-Ordnung vom Jahr 1613**

*Erweiterte, ergänzte und veränderte Fassung
des Vortrages vom 6. Oktober 2004
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*



- I. Einleitung
- II. Gründungsphase und Entwicklung
bis zur Reichskammergerichtsordnung von 1555
 - 1. Kontinuität zum königlichen Kammergericht
 - 2. Die weitere Entwicklung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts
- III. Die Reichskammergerichtsordnung von 1555
- IV. Das Concept einer erneuerten Reichskammergerichtsordnung
von 1613
- V. Zusammenfassung und Ergebnisse



1 A 625174

I. Einleitung

Folgt man den gängigen Darstellungen zur Zuständigkeit des Reichskammergerichts in den Lehr- und Handbüchern – etwa dem Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte¹ – so ist das Gericht als Appellationsinstanz gegen Urteile territorialer und reichsstädtischer Obergerichte in Zivilsachen zuständig gewesen; ferner bestand erstinstanzliche Zuständigkeit in Fällen von Rechtsverweigerung bzw. Rechtsverzögerung durch territoriale Gerichtsinstanzen und bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Urteile territorialer und städtischer Gerichte. In erster Instanz war das Reichskammergericht (RKG) außerdem zuständig für Klagen wegen Landfriedensbruchs sowie in Untertanenprozessen gegen reichsständische Obrigkeiten. Genannt werden ferner eine nicht näher spezifizierte, erstinstanzliche Zuständigkeit gegenüber Reichsunmittelbaren und die seit Mitte des 16. Jahrhunderts durch den Mandatsprozeß eingeführte erstinstanzliche Ausnahmezuständigkeit für, wie es etwas unscharf heißt, „zugespitzte Konfliktsituationen“.² HERMANN CONRAD³ erwähnt darüber hinaus noch die erstinstanzliche Zuständigkeit des Gerichts in allen die Reichsinteressen unmittelbar berührenden Fällen, die fiskalischen Sachen und spezifiziert hinsichtlich der Zuständigkeit für Reichsunmittelbare noch sachlich in Prozesse über streitigen Besitz und die erstinstanzlichen Austräge bei Klagen gegen Fürsten und Fürst-mäßige.⁴

Zwar behandeln eine Reihe zeitgenössischer Autoren des 16. bis 18. Jahrhunderts – überwiegend im Rahmen von Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Reichskammergerichts – auch die Frage der Zuständigkeit relativ ausführlich, gleichwohl läßt sich auch aus diesen Arbeiten – abgesehen von ihrer zum Teil schlechten Verfügbarkeit – kein befriedigendes Gesamtbild gewinnen.⁵

Das hat verschiedene Ursachen: Zum einen handelt es sich bei diesen Werken regelmäßig um Momentaufnahmen, die durch die zeitgebundene Perspektive des Autors und den jeweils aktuellen Rechtszustand zum Zeitpunkt ihrer Abfassung geprägt sind. Insoweit sagen sie speziell über die Zuständigkeiten des Gerichts in den Anfangsjahren seiner Existenz in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in der Regel wenig aus. Zum anderen sind die Darstellungen getragen vom Streben nach einer möglichst absoluten Vollständigkeit und zwingenden logischen Ordnung. Das führt zu komplizierten und aus moderner Sicht nicht selten zweifelhaften Systematisierungsversuchen, die in ihrer Unübersichtlichkeit den

Blick auf das Gesamtbild eher verstellen als erhellen.

So systematisiert JOHANN STEPHAN PÜTTER⁶ in seiner *Anleitung zum Teutschen Staatsrechte* den Umfang der Kaiserlichen Gerichtsbarkeit nach bis zu **sechs** Kriterien. Bei BENJAMIN FERDINAND MOHL⁷ sind es in seinem *Versuch eines Systemes der Gerichtsbarkeit des kaiserlichen Reichskammergerichtes* sogar insgesamt **acht** Kriterien, die zudem auf äußerst komplizierte Weise miteinander verschachtelt sind. Im Ergebnis sieht sich der Leser mit einem verwirrenden Geflecht von Gliederungspunkten konfrontiert, das weit davon entfernt ist, einen raschen und verständlichen Überblick über die Problematik der Zuständigkeit des Reichskammergerichtes zu gewähren.

Gänzlich anders verfährt dagegen THOBIAUS LONCIUS⁸ in seiner 1673 erschienenen Übersetzung der *Practicarum Observationum Deß Hochlöblichen Cammer=Gerichts sonderlichen Gerichtsbräuchen* des ANDREAS GAILL (1526–1587). Er geht von der Prämisse aus, daß das Reichskammergericht grundsätzlich Appellationsinstanz gewesen ist und insoweit erstinstanzliche Zuständigkeit des Gerichts als Ausnahme von der Regel zu verstehen ist. Im folgenden werden dann immerhin 34 derartiger Ausnahmen von der Regel, die sowohl aus den Bestimmungen der Kammergerichtsordnung – gemeint ist offensichtlich die von 1555 – als auch aus gewohnheitsrechtlichem Gebrauch herrühren, benannt und ausführlich behandelt. Abgesehen von diesem Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen der Zuständigkeit des Reichskammergerichtes als Appellationsinstanz und dessen erstinstanzlicher Zuständigkeit, wird ein grundlegendes Prinzip, dem die Zuständigkeitsregeln für das Reichskammergericht insgesamt folgen, im Rahmen einer solchen Auflistung freilich auch nicht ohne weiteres erkennbar.

Die neuere Forschungsliteratur zur Geschichte des Reichskammergerichtes kommt nur gelegentlich und zum Teil unter sehr speziellen Gesichtspunkten über die Darstellungen in den Lehr- und Handbüchern hinaus. Die noch immer grundlegende Arbeit zur Geschichte des Reichskammergerichtes von RUDOLF SMEND behandelt zwar die Geschichte und die Verfassung des Gerichts, allerdings blieb der beabsichtigte zweite Teil, der sich unter anderem mit der Zuständigkeit des Reichskammergerichtes beschäftigen sollte,⁹ ungeschrieben. Allein die Arbeiten von WOLFGANG SELLERT¹⁰ und HEINRICH WIGGENHORN¹¹ gehen auf die Problematik der Zuständigkeit der höchsten Reichsgerichte näher ein. SELLERT behandelt in der Hauptsache aber die Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht und folgt

insoweit einem speziellen Gesichtspunkt. Untersucht werden, neben der schon im Titel genannten Abgrenzungsproblematik, schwerpunktmäßig die Zuständigkeit in Strafsachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Trotzdem ist diese wohl differenzierteste Darstellung der Zuständigkeit des Reichskammergerichts von der gängigen Lehr- und Handbuchliteratur, wie überhaupt von der modernen Forschungsliteratur, bislang kaum rezipiert worden. Die Arbeit von WIGGENHORN ist zeitlich begrenzt auf die drei letzten Jahrzehnte der Existenz des Alten Reiches und sagt über die historische Entwicklung der Zuständigkeitsproblematik kaum etwas aus.

Ausgehend von dieser Forschungslage ist es mein Anliegen, einen systematischen Überblick über die historische Entwicklung der Zuständigkeit des Reichskammergerichts in ihrem verfassungsrechtlichen Kontext zu gewinnen. Es geht mir insbesondere darum, die innere Logik bei der Entwicklung der Zuständigkeitsregelungen für das Gericht und die dabei praktizierte Methode zu verdeutlichen. Als Grundlage dafür kommen sowohl normative als auch literarische Quellen in Betracht. Zu fragen ist ferner, in welchen Formen sich die Entwicklung der Zuständigkeitsregelungen für das Reichskammergericht vollzogen hat. War dieser Prozeß geprägt durch gesetzgeberische Maßnahmen, etwa in Gestalt der verschiedenen Reichskammergerichtsordnungen (RKGO), Reichsabschiede (RA) und Visitationsabschiede (VA), und erfolgte möglicherweise eine Rechtsfortbildung durch das Gericht selbst in Gestalt der sogenannten Gemeinen Bescheide (GB)? Schließlich ist zu fragen, ob und inwieweit eine Weiterentwicklung durch die Wissenschaft auch ohne erkennbare legislatorische Fundierung stattgefunden hat.

II. Gründungsphase und Entwicklung bis zur Reichskammergerichtsordnung von 1555¹²

In der Zeit bis zur Verabschiedung der Reichskammergerichtsordnung von 1555 sind Fragen der Zuständigkeit des Reichskammergerichts in den meisten der relativ zahlreichen, der RKGO von 1495 nachfolgenden Ordnungen des Gerichts und in einigen Reichsabschieden,¹³ so in denen von 1512, 1529, 1530 und 1532, geregelt worden. Dagegen finden sich in den Gemeinen Bescheiden und in den Visitationsabschieden – jedenfalls in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts – keine einschlägigen

Bestimmungen hierzu. Das vermag auch kaum zu überraschen. Denn bei den Gemeinen Bescheiden handelte es sich um Verordnungen des Reichskammergerichts, die durch die zur Visitation des Gerichts verordneten Reichsdeputationen bestätigt werden mußten. Trotz dieses Erfordernisses einer Bestätigung durch die Reichsdeputationen ist es schwer vorstellbar, daß das Reichskammergericht selbst, und dann wohl auch mit der Möglichkeit an Kaiser und Reichsständen vorbei, neue Zuständigkeiten zu begründen vermochte. Die Visitationsabschiede erlangten insgesamt erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts größere Bedeutung.

Nimmt man die erste Reichskammergerichtsordnung von 1495¹⁴ zur Hand, so fällt zunächst etwas überraschend auf, daß verhältnismäßig wenige Regelungen zur Zuständigkeit des Gerichts zu finden sind. Diese modernen Überlegungen folgende Betrachtungsweise läßt aber außer acht, daß es sich bei der „Aufrichtung“ des Kammergerichts im Rahmen der Reichsreform von 1495 lediglich um eine Wiederherstellung bzw. Fortführung des königlichen Kammergerichts handelte. Insoweit also an diese Tradition angeknüpft werden konnte, bestand auch keine zwingende Notwendigkeit zu einer prinzipiellen Regelung der Zuständigkeit des Gerichts.

Der Umstand, daß die Reichskammergerichtsordnung von 1495 kaum Regelungen zur Zuständigkeit enthielt, wird auch vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte des Gerichts selbst deutlich. Das Reichskammergericht wurde, wie gesagt, im Rahmen der Wormser Reichsreform in der Tradition des königlichen Kammergerichts lediglich wieder aufgerichtet. Die Zeitgenossen haben diesen Vorgang dann auch folgerichtig als *Reformacion des Cammergerichts* verstanden; so jedenfalls eingangs in der Relation der Brandenburgischen Räte¹⁵ auf dem Wormser Reichstag von 1495. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Nach traditionellem mittelalterlichen Verfassungsverständnis war es vornehmste Aufgabe des Königs, die Wahrung von Frieden und Recht sicherzustellen. Dem entsprach es, daß Maximilian 1495 sowohl den Ewigen Landfrieden als auch das Reichskammergericht aufrichtete.

Neu ist an dieser „Wiedererrichtung“ des Kammergerichts aber folgendes: Das Gericht wird räumlich vom königlichen Hof getrennt und bekommt einen festen, wenngleich in der Anfangsphase häufig wechselnden Gerichtsort.¹⁶ Neuartig ist auch die Übertragung des Rechts zur Aussprechung der Reichsacht vom König auf den Kammerrichter. Im Gegenzug dafür übernahmen die Stände im Rahmen der Verschreibung

des Gemeinen Pfennigs den Unterhalt des Gerichts, jedenfalls insoweit, als die Gerichtssporteln dafür nicht ausreichen sollten. Insbesondere unter diesem Aspekt der Gegenleistungspflicht erscheint die Aufrichtung des Kammergerichts 1495 als von den Ständen bewilligt.¹⁷ Aus dieser Perspektive wird aus dem königlichen Kammergericht – jedenfalls in der historischen Tendenz und faktischen Konsequenz – ein von Kaiser und Ständen gemeinsam getragenes Gericht.

Da das Reichskammergericht also institutionell und organisatorisch aus dem alten königlichen Kammergericht hervorgegangen war, führte es auch dessen Zuständigkeiten ohne weiteres, gewissermaßen automatisch fort. Freilich waren diese ebensowenig konkret bestimmt. So enthielt beispielsweise die Kammergerichtsordnung von 1471 überhaupt nichts zur Frage der Zuständigkeit. Auch der ständische Entwurf zu einer Kammergerichtsordnung von 1486 berührte die Frage lediglich insoweit, als für die dritte Appellation eine Appellationssumme von 200 Gulden vorgesehen war¹⁸ und in bezug auf die erstinstanzliche Kompetenz des Reichskammergerichts eine Abgrenzung in negativer Form insofern erfolgen sollte, als *das cammergericht [...] in der ersten Instanz oder rechtfertigung auf niemants clag oder ansuchen ladung erkennen oder geben (soll) gegen denjenigen, die der keiserlichen majestät und dem reiche nicht on mittel unterworfen sein, ...*¹⁹

Bei dieser Sachlage konnte folglich nach traditionellem mittelalterlichen Verständnis die vom König als oberstem Richter im Reich hergeleitete Zuständigkeit nur bedeuten, daß dessen umfassende Gerichtshoheit nunmehr auf das Reichskammergericht übertragen wurde. Deshalb kann es auch nicht verwundern, daß sich die Kammergerichtsordnung von 1495 auf einige wenige negative Formulierungen beschränkte. Das Reichskammergericht war eben als oberstes Gericht des Heiligen Römischen Reiches grundsätzlich immer zuständig für jede beliebige Rechtssache im ganzen Reich – das war die Regel; Ausnahmen bedurften einer ausdrücklichen Legitimation.

Aus dieser Perspektive konnte die nachfolgende Gesetzgebung in Gestalt der Reichskammergerichtsordnung von 1495 und der folgenden Kammergerichtsordnungen sowie der Reichsabschiede u.ä. nur als eine sukzessive Einschränkung dieser – zumindest theoretisch gedachten – Allzuständigkeit des Gerichts erscheinen. Dieses Verständnis einer „grundsätzlichen“ Zuständigkeit des Reichskammergerichts auch für reichsunmittelbare Stände klingt noch in der Reichskammergerichtsordnung von 1555 an, wo angeordnet ist, daß alle Personen und Sachen,

die der kaiserlichen Jurisdiktion unmittelbar unterworfen sind, also nicht durch Austräge oder andere Privilegien und Freiheiten von ihr ausgenommen sind, *an dem keyserlichen cammergericht fürgenommen und gerechtfertigt werden sollen*.²⁰ Die Intention der ständischen Territorialgewalten war indes eine andere – sie strebten zwar einerseits die Errichtung einer vom Kaiser weithin unabhängigen obersten Reichsgerichtsbarkeit an, wollten sich aber andererseits weder hinsichtlich ihres persönlichen Gerichtsstandes noch mit Blick auf die Zuständigkeit für ihre Untertanen eben diesem obersten Reichsgericht unterstellen.²¹

1. Kontinuität zum königlichen Kammergericht

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Zuständigkeit des Reichskammergerichts mit Blick auf die Reichskammergerichtsordnung von 1495 folgendermaßen dar: Regelungen zur Zuständigkeit des Gerichts finden sich etwa an einem halben Dutzend Stellen. Typisch ist dabei die Verwendung negativer Umschreibungen; die Ordnung sagt überwiegend nicht, was in die Zuständigkeit des Reichskammergerichts fiel, sondern umschreibt, was nicht vor das Kammergericht gebracht werden durfte.

Zunächst wurde die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts grundsätzlich auf Reichsunmittelbare beschränkt, wie sich im Umkehrschluß aus folgender Bestimmung ergibt: *Item das cammergericht sol in ersten Instantz oder Rechtfertigung auf niemands Clag oder Ansuchen Ladung erkennen oder ergeben gegen den jhenen, die Unser Koniglichen oder Kaiserlichen Majestät und dem Reich nit ohn Mittel unterworfen sein und doch sonst iren ordentlichen Richter haben*.²² Voraussetzung der erstinstanzlichen Zuständigkeit war also der Status der Reichsunmittelbarkeit. Damit wurde zunächst inhaltlich (und weithin auch wörtlich) der Text des ständischen Entwurfs von 1486 übernommen. Weiter heißt es dann aber – und insoweit über den ständischen Entwurf hinausgehend – *es wär dann Sach, das er vor denselben ordentlichen undern Gerichten Recht ersucht und kondtlich versagt oder mit Gevärd verzigen wäre*. Dadurch wurde also generell und ohne ständische Unterschiede die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts für Fälle der Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung klar gestellt. Im übrigen sollten die Untertanen ihrer ordentlichen Gerichtsbarkeit in den Territorien *nach ains yeden Fürstenthumbs, Graveschafft, Herrschafft und Oberkait* (Obrigkeit) *loblichem Herkommen und Geprauchungen* unterstellt bleiben.²³

Bezüglich des Gerichtsstandes bei Rechtsstreitigkeiten von geistlichen oder weltlichen Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen untereinander knüpfte die Reichskammergerichtsordnung an die Tradition der fürstlichen Schiedsgerichtsbarkeit – die sogenannte Austrägalgerichtsbarkeit²⁴ – an.²⁵ Zunächst wurden die bereits bestehenden, gewillkürten rechtlichen Austräge ausdrücklich anerkannt. Fehlte es an derartigen Vereinbarungen, waren die Austräge einzurichten. Dazu hatte der Klagende dem in Anspruch zu nehmenden Beklagten seine Forderung schriftlich anzuzeigen. Dieser mußte dann im Laufe von vier Wochen *dem Clager vier regierend Churfürsten oder Fürstmässigen, halb gaistlich und halb weltlich, die nit auß ainem Haws geborn sein, ungevarlich benennen*. Daraus mußte dann der Kläger einen zum Richter wählen und dies dem Beklagten ebenfalls binnen vier Wochen melden. Anschließend sollten beide Parteien innerhalb von 14 Tagen den erwählten Richter zur Bestimmung des Gerichtstermins auffordern. Gegen die Entscheidung dieses, als königlicher Kommissar handelnden Richters war dann die Appellation ans Reichskammergericht zulässig. Ließ der Beklagte die Frist von vier Wochen verstreichen, ohne die vier Kurfürsten, Fürsten oder Fürstmäßigen zur Auswahl zu benennen, konnte ihn der Kläger vor dem Reichskammergericht erstinstanzlich in Anspruch nehmen.²⁶

Eine weitere grundlegende Zuständigkeitsregelung betraf schließlich die Klage von Landständen und Städten gegen Kurfürsten und Fürsten. Für den Fall, daß *Prelaten, Graven, Herren, Ritter oder Knecht oder des Reichs Frey- oder Reichs-Stet ain Churfürsten, Fürsten oder Fürstmässigen, gaistlichen oder weltlichen, mit Recht wolten beclagen*, und es sich dabei um *verbrieft und unverbrieft Schuld, Zusage oder Verhaß, Betrang oder Entsetzung* oder aber um die Verhinderung *am Gebrauch seins Wiltpans, Zoll, Gelait, Gericht oder andern herbrachten Nutzungen oder Gerechthaiten* handelte, sollte der Kläger beim Beklagten Recht vor dessen Räten suchen. Im nachfolgenden Monat mußte der *ervordert Churfürst, Fürst oder Fürstmässig [...] newn seiner treffenlichen Rät an seinem Hof zu Recht niedersetzen, die auß dem Adel und auß denen Gelehrten genomen werden sollen*. Dabei durfte der Amtmann, der in der Sache wider den Kläger mit der Tat gehandelt hatte, nicht eingesetzt werden. Für die Zeit ihrer Tätigkeit in dieser Sache sollten die Räte von allen Gelübden und Eiden gegenüber ihren Herrn befreit sein. Zur Sicherheit für die klagende Partei hatte der Beklagte ihm und seinen Prozeßvertretern freies Geleit zu gewähren. Gegen den Bescheid der Räte, die im Normalfall binnen eines halben Jahres, aber spätestens binnen Jahr und Tag zu

entscheiden hatten, war für beide Parteien die Appellation an das Reichskammergericht zugelassen. Sofern der Beklagte seiner Verpflichtung zur Bestellung der neun Räte nicht nachkommen würde, war für den Kläger der Weg ans Reichskammergericht auch in erster Instanz eröffnet.²⁷

Im Zusammenhang mit der prinzipiellen Bestimmung des Sitzes des Kammergerichts – *im Reich an ainer füglichlichen Stat* – (seinerzeit also die Reichsstadt Frankfurt a. M.) wurde schließlich für das Kammergerichtspersonal – die „Kameralen“ – eine allgemeine Befreiung von der städtischen Gerichtsbarkeit begründet, die sich ausdrücklich auch auf die Zuständigkeit des Gerichts *in Frevel oder Malefiz*, also in Strafsachen, erstreckte.²⁸ Diese Regelung erfaßte nicht nur das Kammergerichtspersonal – einschließlich der Advokaten – im eigentlichen Sinn, sondern darüber hinaus auch deren Familien und das Gesinde sowie die am Gericht handelnden Parteien. Dieser privilegierte Gerichtsstand der „Kameralen“ in Strafsachen war indes beschränkt auf die Fälle, die mit Turm- oder Gefängnisstrafe bedroht waren; in schwerwiegenden Fällen, die zu einer Leibesstrafe führten, gebührte die Gerichtsbarkeit dem städtischen Rat.²⁹

Die grundsätzliche Zulässigkeit der Appellation an das Reichskammergericht erschließt sich wieder indirekt aus zwei, das Appellationsrecht zwangsläufig voraussetzenden Verbotsnormen.³⁰ Zum einen sollte keine Appellation angenommen werden, *die nit gradatim geschehen wär*, daß heißt, wenn nicht zuvor *an das nechst ordenlich Obergericht* appelliert wurde.³¹ Zum anderen durfte im Interesse eines zügigen Verfahrensablaufes nicht gegen Interlocute (Zwischenurteile) appelliert werden.³²

Hinsichtlich der Frage nach der Wirksamkeit von Gerichtsstandsprivilegien gemäß der Goldenen Bulle von 1356 schweigt die Kammergerichtsordnung von 1495. Da aber gemäß der salvatorischen Klausel bestehende Privilegien und Freiheiten durch die Bestimmungen der Kammergerichtsordnung nicht berührt wurden,³³ blieben die kurfürstlichen Appellationsprivilegien bestehen. Sie waren insoweit mit Blick auf die Zulässigkeit der Appellation natürlich auch für die Zuständigkeitsproblematik relevant.³⁴

Obwohl der Kaiser den Kurfürsten, Fürsten und fürstmäßigen Grafen in der Reichskammergerichtsordnung von 1495 letztlich sowohl das Auszugsrecht als auch die erstinstanzliche Gerichtshoheit über ihre Untertanen zugestehen mußte, verweigerten Kursachsen und Kurbrandenburg unter Berufung auf das *privilegium de non appellando* der Kurfürsten gemäß der Goldenen Bulle³⁵ ihre Zustimmung.³⁶

Dem entspricht auch der vorläufige Befund überlieferter Kammergerichtsverfahren für Kursachsen und Kurbrandenburg. In beiden Fällen sind jeweils nur ca. 80 Prozesse überliefert, wobei im Falle Brandenburgs offenbar ausschließlich der brandenburgische Kurfürst verklagt worden ist. Leider sind beide Bestände bislang nur unzureichend erschlossen, so daß sich aus der Ferne keine näheren Schlüsse ziehen lassen.³⁷

Aus alledem ergibt sich für die Zuständigkeit des Reichskammergerichts gemäß der Gerichtsordnung von 1495 folgendes Gesamtbild:

- In erster Instanz war das Gericht zuständig: **erstens** für Klagen gegen nicht fürstmäßige Reichsunmittelbare,³⁸ **zweitens** ohne Rücksicht auf ständische Unterschiede im Falle der Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung,³⁹ **drittens** bei Fristversäumnissen im Rahmen der Austrägalgerichtsbarkeit der Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen⁴⁰ sowie **viertens** bei Klagen von Landständen und Städten gegen Kurfürsten und Fürsten im Falle der Nichteinhaltung der Frist von einem halben bzw. einem Jahr⁴¹ und schließlich **fünftens** bei nicht mit Leibesstrafe bedrohten Straftaten der Kameralen.⁴² Hinzu kam die nicht ausdrücklich genannte, sondern eher beiläufig erwähnte erstinstanzliche Zuständigkeit in Landfriedenssachen.⁴³
- In zweiter Instanz gehörten vor das Reichskammergericht Appellationen gegen: **erstens** Austräge der Kurfürsten und Fürsten,⁴⁴ **zweitens** gegen Entscheidungen fürstlicher Räte bei Klagen der Landstände und Städte gegen Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßige⁴⁵ und **drittens** schließlich gegen vorinstanzliche Urteile der territorialen Obergerichte, soweit dem für das betreffende Territorium kein Gerichtsstandsprivileg entgegenstand.⁴⁶

Im Ergebnis stellte die Etablierung des Reichskammergerichts und dessen Ordnung durch *Unser und des Hailigen Reichs Cammergericht*⁴⁷, zweifellos einen Kompromiß zwischen dem Kaiser und den fürstlichen Territorialgewalten dar. Maximilian I. wählte offenbar bewußt diese Bezeichnung, um damit seinen Anspruch als oberster Richter des Reiches zu betonen.⁴⁸ Einerseits war mit dem Reichskammergericht ein vom Kaiser und den Ständen gemeinsam getragenes oberstes Reichsgericht geschaffen worden, andererseits war es nicht gelungen, für dieses Gericht im Interesse einer umfassenden Friedenswahrung eine all-

gemeine und ausschließliche erstinstanzliche Zuständigkeit zu begründen. Lediglich für den nicht fürstmäßigen Adel sowie die Frei- und Reichsstädte wurde es zum ordentlichen Gericht erster Instanz. Im übrigen war das Reichskammergericht, abgesehen von den genannten Sonderfällen, weithin Appellationsinstanz.

2. Die weitere Entwicklung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts

In den auf die Errichtung des Gerichts folgenden Jahrzehnten erfuhr die Reichskammergerichtsordnung von 1495 zahlreiche Veränderungen; das betraf nicht zuletzt auch die Problematik der Zuständigkeit. Bekanntlich ist die äußere und innere Geschichte des Reichskammergerichts in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts von großer Unregelmäßigkeit und Unstetigkeit gekennzeichnet. Das betraf zum einen den häufigen Wechsel des Sitzes des Gerichts⁴⁹ und zum anderen dessen mehrmaligen Stillstand⁵⁰. Hinzu kam seit den zwanziger Jahren die Überlagerung durch den religiösen Konflikt. Obwohl die ersten Dezennien der Existenz und des Wirkens des Reichskammergerichts also mit erheblichen Schwierigkeiten belastet waren – hinzu kamen auch noch die dauernden Finanzierungsprobleme – hatte dies zunächst aber offenbar keinen direkten Einfluß auf die Problematik der Zuständigkeit des Gerichts gehabt.

Die Kammergerichtsordnungen der Jahre 1500, 1507 (Konstanz), 1521, 1523 und 1527 widmeten sich in sehr unterschiedlicher Intensität der Zuständigkeit des Reichskammergerichts; andere Ordnungen – aus den Jahren 1496, 1507 (Regensburg), 1508, 1517 und 1538 – befaßten sich überhaupt nicht mit Zuständigkeitsfragen.⁵¹

Die anlässlich der Wiedererrichtung des Reichskammergerichts im Jahre 1500 erlassene Reichskammergerichtsordnung brachte insoweit eine Erweiterung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Gerichts, als für Bürger und Bauern bei Klagen gegen Kurfürsten, Fürsten oder Fürstmäßige, denen sie nicht untertan gewesen sind, die Regelung für Klagen von Grafen, Herren und Rittern sowie Reichsstädten gegen Fürsten und Fürstmäßige in gleicher Weise, wie nach § 30 der Reichskammergerichtsordnung von 1495 gelten sollte,⁵² also erstinstanzliche Entscheidung durch ausgewählte Räte des beklagten Fürsten. Ferner findet sich ein indirekter Hinweis auf die an sich unstrittige erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts in Landfriedenssachen,

wie sie sich aus dem ewigen Landfrieden und dem Zweck der Errichtung des Reichskammergerichts ohnehin ergab.⁵³

Definitiv wurde die erstinstanzliche Kompetenz des Reichskammergerichts in Landfriedenssachen dann in der Reichskammergerichtsordnung von 1507 (Konstanz) festgestellt: *Deßgleichen setzen und ordnen Wir, daß in aller masse gegen den öffentlichen und erklärten Friedbrechern soll und mag mit Acht und Bann förderlich und strenglich procedirt*, werden.⁵⁴ Ferner enthält die Ordnung einen ausdrücklichen Hinweis auf die Vollstreckungskompetenz des Reichskammergerichts, *daß Unser Königlichlicher Kammer Richter an unsere statt und in unserm Namen die gesprochene Urtheil mit unser Königl. Acht und Ader=Acht (Oberacht) und andern ziemlichen Poenen des Rechtens, wie er und die Beysitzer nach Gestalt der Sachen dasselbige für nütz- austräglich und gut ansehen werden, exequiren und vollstrecken sollen*.⁵⁵ Schließlich wurde auch nachdrücklich die Weitergeltung älterer Kammergerichtsordnungen bestimmt.⁵⁶

Relativ ausführlich wird die Problematik der Zuständigkeit des Gerichts in der Reichskammergerichtsordnung von 1521 behandelt. Zunächst erfolgte unter Verweis auf die Ordnung von 1495⁵⁷ wiederum eine Beschränkung der erstinstanzlichen Zuständigkeit über Reichsmittelbare auf die Fälle der Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung.⁵⁸ Ferner wurde in diesem Zusammenhang ausdrücklich bestimmt, *daß alle des Reichs Verwandte bey ordentlichen Inländischen Rechten ausserhalb der Händel, die nach laut vorausgerichteter Ordnung an das Kaisyerl. Cammer=Gericht gehören, zulassen, also, daß ein jeder in dem Gericht, darinnen er ohne Mittel gesessen und gehörig fürgenommen und daß darneben bey und mit allen Oberkeiten verschafft werde, ...*.⁵⁹ Die Vorschrift bekräftigte damit, ganz in der Tradition der Kammergerichtsordnung von 1495, die Gerichtsbarkeit der jeweiligen Obrigkeit für Mittelbare, sofern keine spezielle sachliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts gegeben war. Der Sache nach war diese grundsätzliche Gerichtshoheit der Obrigkeiten über ihre Untertanen bereits im Reichsabschied von 1512 festgelegt worden.⁶⁰

Eine überaus bedeutsame derartige spezielle erstinstanzliche Zuständigkeitsregelung findet sich dann auch gleich in dieser Ordnung, und zwar wird im Hinblick auf streitigen Besitz verordnet: *ob hinführo zween oder mehr, so dem H. Reich ohne Mittel unterworffen wären, irrig oder streitig würden, umb Inhaben oder Possesion eines Guths oder Gerechtigkeit, also, daß sich jeglicher für einen Besitzer des streitigen Guths*

*oder Gerechtigkeit hielte, und des redliche Anzeig hätte, des sollen beyde Theile zum endlichen Austrag, für Unser Kayserl. Cammer=Gericht kommen, und solcher Irrungen oder streitigen Gewähr oder Possess halben sich daselbst endlich mit Recht entscheiden lassen, ...*⁶¹ Im Interesse der Friedenswahrung ordnete diese Vorschrift eine neue erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts bei Besitzstreitigkeiten Reichsunmittelbarer explizit an. Das Motiv für die Begründung dieser erstinstanzlichen Zuständigkeit entgegen dem von den fürstlichen Reichsständen ansonsten so hochgeschätzten und streng gewährten Austragsrecht, nämlich die Vermeidung gewaltsamer Auseinandersetzungen, wurde in der sich anschließenden Erläuterung in aller Deutlichkeit formuliert: *..., und deshalb kein Theil mit oder gegen dem andern zu thätlicher Handlung, Aufführen, Fehden, oder Angriffen kommen, ...*⁶²

Auch die Frage der Besitzstreitigkeiten wurde im Prinzip bereits im Reichsabschied von 1512 fast wortgleich behandelt.⁶³ Offenbar ist diese Bestimmung zur erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts bei „strittiger Possession“ auch durch die erneute ausdrückliche Normierung in der Reichskammergerichtsordnung von 1521 noch nicht in erforderlicher Weise umgesetzt worden. Jedenfalls bestimmte der Reichsabschied von 1532 erneut ausdrücklich, daß bei Streitigkeiten über Besitzberechtigungen keine Sequestration durch das Reichskammergericht erfolgen solle, sondern vielmehr so zu verfahren sei, wie in der Reichskammergerichtsordnung von 1521⁶⁴ angeordnet.⁶⁵ Der Vorgang zeigt, wie groß die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung vorbeugender judizieller Maßnahmen zur Friedenswahrung gewesen sein müssen, jedenfalls dann, wenn wohlerworbene ständische Rechte betroffen waren. Vor diesem Hintergrund ist zweifellos auch die detaillierte Regelung zur Vollstreckungskompetenz des Reichskammergerichts zu sehen.⁶⁶

In diesen Kontext gehört auch, daß besagter Sachverhalt erstinstanzlicher Zuständigkeit des Reichskammergerichts im folgenden ohne weiteres auf die Fallkonstellation übertragen wurde, bei der die Besitzstreitigkeiten zwischen Reichsmittelbaren bestanden und die betroffenen Güter oder Gerechtigkeiten *nicht unter einem Herrn oder Obrigkeit gelegen wären*.⁶⁷ Der Grund dafür liegt auf der Hand; ohne diese Übertragung auch auf Besitzstreitigkeiten der Mittelbaren, wäre die Zuständigkeit für derartige Fallkonstellationen fraglich und damit letztlich streitig gewesen.

Schließlich wurde auch die Bestimmung der Reichskammergerichtsordnung von 1495 bezüglich der Klagen von Prälaten, Grafen,

Herren, Rittern oder Knechten gegen Kurfürsten, Fürsten oder Fürstmäßige⁶⁸ vor deren Räten wieder aufgenommen. Die Vorschrift wird grundsätzlich bestätigt, erneut bekräftigt und dann in einer Reihe von Einzelfragen modifiziert sowie in ihrem Anwendungsbereich auf weitere Parteikonstellationen ausgedehnt.⁶⁹

Worauf diese Modifizierungen zurückzuführen sind, erhellt eine Präambel zu diesem Titel: Die Grafen und Herren und die von der Ritterschaft fühlten sich durch den Artikel über den rechtlichen Austrag mit den Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen in der Ordnung des Kammergerichts von 1495 *etwas hoch beschwehrt*. Deshalb baten sie diesbezüglich um Ordnung und Satzung. Dadurch fühlten sich wiederum die Kurfürsten und Fürsten in ihren *austräglichen Rechtens und ihrer Churfürstli. und Fürstlichen Freyheit* [...] *etwas beschwehret*. Letztlich haben sie sich gleichwohl aber doch mit den Grafen und der Ritterschaft verglichen.

Das fand dann seinen Niederschlag in insgesamt 23 Paragraphen. Zunächst wurde die Bestimmung, nach der der ... *ervordert Churfürst, Fürst oder Fürstmässig* [...] *neun seiner treffenlichen Rät an seinem Hof zu Recht niedersetzen, die auß dem Adel und auß den Gelerten genomen werden sollen*, ...⁷⁰ durch den Zusatz präzisiert, ... *daß unter denselben 9. Rätthen zum wenigsten fünfß von Adel seyn sollen*⁷¹. Die Regelungen sind insgesamt schwer zu durchschauen, weil hinsichtlich der Anzahl der zur Entscheidung des Streites zu bestimmenden Personen und vor allem in bezug auf deren Herkunft und Auswahl insgesamt sechs verschiedene Modelle angeboten werden, ohne daß eindeutig ersichtlich ist, unter welchen Voraussetzungen sie jeweils anzuwenden waren. Gleichwohl ist die Tendenz klar – die Gewichte verschieben sich aufs Ganze gesehen zugunsten der Prälaten, Grafen, Herren und Ritter.

Neu eingeführt wurde ferner, daß das Austragsverfahren gemäß der Reichskammergerichtsordnung von 1495 auch im umgekehrten Fall, bei Klagen der Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen gegen *Praelaten, Grafen, Freyherren, Ritter oder andere des Adels, die ohne Mittel dem Reich unterworffen*... stattfinden sollte; und dabei der klagende Kurfürst, Fürst oder Fürstmäßige insoweit ... *Macht habe, einen Unpartheyischen Commissarien seines Stands, doch dem Antworter über zwölf Meil nicht entlegen* [...] *zu erlangen, und vor denselben, laut der Ordnung, als obsteht* [...] *zu procediren*.⁷² Bei Klagen von Grafen, Herren, Edel Männern oder Knechten gegen reichsunmittelbare Adlige ohne Fürstenrang sah die Ordnung von 1521 ein entsprechendes Austrägalverfahren vor drei vom

Beklagten ausgewählten Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen⁷³ oder einem kaiserlichen Kommissar⁷⁴ vor. Damit wurde nunmehr auch noch der nicht fürstmäßige reichsunmittelbare Hoch- und Niederadel von der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts ausgenommen. Schließlich hat die Kammergerichtsordnung von 1521 summarisch und generell gegen die Entscheidungen der Austrägalinstanzen die Appellation beim *Kays. Cammer=Gericht* [...] zugelassen ...⁷⁵

Ferner legte die Ordnung von 1521 noch eine Appellationssumme von 50 Gulden fest.⁷⁶ Davon ausgenommen waren Iniuriensachen, ferner *auch Oberkeit, Gerechtigkeit, persönliche und Feld=Dinstbarkeit, ewige und unablässliche Gült, Zinß und Nutzung, auch andere dergleichen, so nicht gewisse Achtung hätten, ...*⁷⁷ War der Streitwert durch den erstinstanzlichen Richter nicht zweifelsfrei zu bestimmen, konnte dieser gleichwohl die Appellation zulassen, sofern der (künftige) Appellant beeidete, *daß Er viel lieber fünfzig Gulden von dem Seinigen verliehren, oder soviel nicht gewinnen, dan daß er sich der Haupt= und Appellations=Sach begeben wollte*.⁷⁸

Schließlich wurde hinsichtlich der Geltung älterer Kammergerichtsordnungen ausdrücklich bestimmt, daß das, *was hierin an der Cammer=Gerichts=Ordnung, anfänglich bis zu Worms und hernach auff andern gehaltenen Reichs=Tagen gemacht, nicht geändert ist, das alles soll in seinen Kräfften seyn und bleiben, und strenglich gehalten werden*. Tradierte Bestimmungen sollten also, soweit sie durch die Reichskammergerichtsordnung von 1521 nicht ausdrücklich abgeändert wurden, weiter gelten.⁷⁹

Der Reichsabschied von 1532 beschränkte, entgegen vorheriger Übung des Reichskammergerichts, Diffamationsklagen auf friedbrüchige Schmach- und andere Sachen zwischen Reichsunmittelbaren. Der Reichstag wollte damit der Praxis entgegenwirken, daß Diffamationsklagen am Reichskammergericht anhängig gemacht, dann aber nicht weiter verfolgt und den Parteien auf diese Weise die ordentlichen Gerichte und Instanzen abgeschnitten wurden. Die *Lex Diffamari* sollte deshalb nur *in Friedbrüchigen Schmach- und anderen Sachen und zwischen Partheyen Unserm Cammer=Gericht ohne Mittel unterworfen*, angewandt werden.⁸⁰ Am Schluß der Vorschrift heißt es dann ausdrücklich, daß Diffamationsklagen zwischen anderen Personen und Sachen nicht ins Reichskammergericht gehören.

Schließlich befaßte sich der Reichsabschied von 1532 noch mit der offenbar häufig vorkommenden Unsitte, daß *etliche Stände ihre Unter-*

*thanen [...] denen gemeinen Rechten zuwieder und Unserm Kayserl. Cammer=Gericht, so wohl desselben Oberkeit abbrüchig; ... eidlich zum Verzicht auf ihr Appellationsrecht an das Reichskammergericht gezwungen wurden und ordnete deshalb an: daß hinführo keiner gezwungen werden solle, sich des Appellirens zu enthalten oder von gethaner Appellation abzustehen, ...*⁸¹

III. Die Reichskammergerichtsordnung von 1555

Die Geschichte dieser letzten Reichskammergerichtsordnung⁸² beginnt mit der Wiederaufrichtung des Reichskammergerichts nach vierjährigem Stillstand im Oktober 1548. Sie schuf für das oberste Reichsgericht eine gesetzliche Grundlage, die mit eher marginalen Veränderungen in ihrem Kern bis zum Ende des Alten Reiches für das Wirken des Reichskammergerichts maßgeblich geblieben ist. Das gilt auch und gerade für Fragen der Zuständigkeit.

Auf dem Augsburger Reichstag des Jahres 1548 wurde mit Zustimmung der Reichsstände eine Reichskammergerichtsordnung erlassen,⁸³ die weniger den Charakter einer Kodifikation, als den einer Kompilation hatte. In ihr wurde der insbesondere durch die verschiedenen Reichskammergerichtsordnungen, Reichsabschiede, Gemeinen Bescheide und Visitationsabschiede in den letzten Dezennien vermehrte und unübersichtlich gewordene Rechtsstoff geordnet und systematisiert.⁸⁴

Indes war diese Ordnung nur kurze Zeit in Geltung und wurde von der üblicherweise zitierten Kammergerichtsordnung von 1555 abgelöst. Letztere weicht von der Ordnung von 1548 im wesentlichen nur insoweit ab, als sich aus dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 notwendige Konsequenzen für die Reichskammergerichtsordnung ergaben. Für die Problematik der Zuständigkeit des Reichskammergerichts betraf das einige wenige Änderungen im zweiten Teil der Ordnung.⁸⁵

Fragen der Zuständigkeit wurden in der Kammergerichtsordnung von 1548/1555 – anders als in der ersten Ordnung von 1495 – weitgehend nach systematischen Gesichtspunkten behandelt. Unter der Überschrift *vom gewalt und gerichtszwang deß keyserlichen cammergerichts in erster instantz* wurden im zweiten Teil die Zuständigkeitsfragen nach vier übergreifenden Gesichtspunkten geordnet. Dabei fällt der Regelungsumfang für die einzelnen Problemkreise sehr unterschiedlich aus.

Typisch für die Regelungsmethode ist auch hier wieder die Tendenz zur negativen Abgrenzung.

So ist der erste Titel überschrieben: *Erstlich von personen und sachen, so nit dem reiche ohne mittel, sonder andern gerichten underworfen und an das cammergericht in erster instantz nit gehörig.*⁸⁶ Ausdrücklich wird dem Gericht untersagt, in erster Instanz Sachen von Mittelbaren, die *sunst iren ordenlichen richter haben*, anzunehmen, diese zu laden oder zu zitieren, es sei denn im Falle der Rechtsverweigerung, wenn jenen binnen Monatsfrist das Recht von ihrem ordentlichen Richter verweigert oder verzögert werden sollte.⁸⁷ Diese Regelung deckt sich inhaltlich und zum Teil wörtlich mit der Ordnung von 1495 und schreibt insoweit einen mittlerweile gefestigten Rechtszustand fort.⁸⁸

Der zweite Problemkreis betrifft *personen und sachen, so dem reich ohne mittel underworfen und in erster instantz an das cammergericht nit gehörig.*⁸⁹ Wie bereits 1495, gelingt es auch 60 Jahre später nicht, eine obligatorische erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts für die Reichsfürsten zu begründen. Es wird im Gegenteil die durch die Kammergerichtsordnung von 1521 eingeführte Befreiung auch der nicht fürstmäßigen Reichsunmittelbaren grundsätzlich bestätigt.⁹⁰

Ausführlich geregelt wurde in dieser Ordnung zunächst das Recht der Austräge. Insoweit stehen deren Normen insgesamt in der nicht erst durch die Reichskammergerichtsordnung von 1495 begründeten Tradition der Austräge als erstinstanzliche Sondergerichtsbarkeit der Fürsten. Das wurde aber immerhin teilweise dadurch kompensiert, daß die Zahl der erstinstanzlichen Zuständigkeiten des Reichskammergerichts, die ohne Rücksicht auf die Standeszugehörigkeit aus sachlichen Gründen angeordnet waren, wesentlich vermehrt wurde. So konnte der Kaiser sich immerhin in seiner Stellung als oberster Lehnsherr im Reich behaupten, jedenfalls soweit es um den Entzug von Reichslehen ging.⁹¹

Hinsichtlich des Umfangs und der Regelungsdichte gehen die fünf Titel zu den Austrägen von 1555 in insgesamt 26 Paragraphen deutlich über den Regelungsinhalt der Kammergerichtsordnung von 1495 hinaus.⁹² Insbesondere wurden die durch die Reichskammergerichtsordnung von 1521 und die Reichsabschiede geschaffenen Erweiterungen zum Austragsrecht weithin inhaltsgleich in die neue Gerichtsordnung aufgenommen.

Die Ordnung unterscheidet in den Regelungen, je nach dem Personenkreis, für den die Austräge stattfinden, in Angelegenheiten der Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen untereinander,⁹³ in solche für Klagen

der Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen gegen reichsunmittelbare Prälaten, Grafen, Herren und Adlige⁹⁴ und umgekehrt in solche Klagen letztgenannter gegen die Kurfürsten, Fürsten und Fürstmäßigen.⁹⁵ Schließlich werden auch die Rechtsstreitigkeiten reichsunmittelbarer Prälaten, Grafen, Herren und Adliger untereinander nunmehr der Austrägalgerichtsbarkeit zugewiesen.⁹⁶ Letztere sollte aber, wie bereits nach der RKGO von 1521, nicht von Standesgenossen, sondern von einem fürstlichen Richter oder einem kaiserlichen Kommissar ausgeübt werden. Eine Modifizierung erfolgte allerdings insoweit, als auch für die klagende Partei der Status der Reichsunmittelbarkeit Voraussetzung wurde.⁹⁷

Ebenfalls in Fortführung der Ordnung von 1521, wird im folgenden Titel für alle zuvor abgehandelten vier Fallkonstellationen gemeinsam die Appellation gegen Urteile der Austrägalinstanzen an das Reichskammergericht zugelassen und im einzelnen geregelt.⁹⁸ Dabei darf im Interesse eines zügigen Ablaufs des Verfahrens in der Appellation nichts Neues – also kein Sachvortrag – eingebracht werden, es sei denn, es würden sich neue Gesichtspunkte ergeben, die in der Vorinstanz noch nicht bekannt gewesen sind.⁹⁹

Im achten Titel – *Wie und vor welchem richter entsetzung halb, die nit landfridtbrüchig, gehandelt soll werden* – erfolgte eine ausführliche Regelung der Spolienklagen. Unter gemeinen schlechten Spolien und Entsetzungen verstand man räuberische Zugriffe auf fremden Besitz, die nicht mit gewehrter Hand und gewaltsamer Tat durchgeführt wurden. Tatbestandsvoraussetzungen für den Landfriedensbruch waren aber erstens die Ausübung öffentlicher Gewalt, zweitens die Beteiligung einer Mehrzahl bewaffneter Personen und schließlich drittens das Vorliegen einer bösen Absicht.¹⁰⁰ Insoweit war folglich in den Spoliensachen¹⁰¹ der Tatbestand des Landfriedensbruchs nicht erfüllt. Gleichwohl stellten sie eine latente Gefährdung des Landfriedens dar, da derartige beraubende Zugriffe allzu leicht in tatsächlichen Landfriedensbruch übergehen konnten. Erstinstanzlich fand in derartigen Angelegenheiten das Austrägalverfahren statt, wobei die als kaiserliche Kommissare fungierenden Austragsrichter Ordnung und Recht verpflichtet waren und binnen Jahresfrist zu entscheiden hatten. Die große Regelungsdichte in dieser Angelegenheit wirft ein bezeichnendes Licht auf das beträchtliche Gewaltpotential im Reich gerade auch unterhalb der Schwelle des Landfriedensbruchs.

Der bei weitem umfangreichste Regelungsbereich betraf Rechts-

händel, die ohne Rücksicht auf die Standeszugehörigkeit von Personen aus sachlichen Gründen – *die von ihrer art und eygenschaft wegen* – in erster Instanz ins *keyserlich cammergericht* gehörig.¹⁰² In 19 Titeln werden unter unterschiedlichen, teilweise aber auch übergreifenden Gesichtspunkten Tatbestände umschrieben und z.T. ausführlich erläutert, für die das Reichskammergericht in erster Instanz zuständig gewesen ist. Vom Regelungsansatz her immerhin bemerkenswert erscheint zunächst die diesen Normenkomplex abschließende, generalklauselartige Zuständigkeitsregelung:

*Weyer ordnen, setzen und wöllen wir, daß alle und jede personen und sachen, die der keyserlichen jurisdiction on mittel underworfen und durch sondere aufträge dieser ordnung oder andere privilegien, freyheyten, gewilkhure und rechtmessige gewonheyten nit außgenommen sein, an dem keyserlichen cammergericht fürgenommen und gerechtfertigt werden sollen.*¹⁰³

Für die Reichsunmittelbaren wird also grundsätzlich die Zuständigkeit des Reichskammergerichts in erster Instanz angeordnet, soweit sie nicht durch Austräge, Privilegien oder sonstige Freiheiten und Rechte ausdrücklich und nachweislich ausgenommen waren. Angesichts der zuvor in den Titeln II-VIII erfolgten Einschränkungen dürfte die praktische Bedeutung dieser Vorschrift aber eher gering einzuschätzen sein.

Das Gericht war erstinstanzlich vor allem zuständig für Verfahren wegen Landfriedensbruchs.¹⁰⁴ Ausdrücklich knüpfte die Kammergerichtsordnung dabei an Verhandlungen auf den Reichstagen zu Worms im Jahre 1521 sowie Augsburg im Jahre 1548 an.¹⁰⁵ Als Strafe für den Landfriedensbruch drohte die Reichsacht, die durch den Kammerrichter zu verhängen war.¹⁰⁶ In diesen Zusammenhang gehört auch die Zuständigkeit des Kammergerichts für Klagen um die Einsetzung des Klägers in das *hab und gut* des Beklagten, bei denen die Verhängung der Reichsacht nicht wegen Landfriedensbruchs erfolgte, sondern der Beklagte auf Grund der Klage um *schuld, ungehorsam oder anderer sachen wegen, den friedbruch nicht betreffen, an dem cammergericht in die acht kommen were, ...*¹⁰⁷ Darüber hinaus ist das Reichskammergericht gehalten gewesen, mandatsweise – unter Androhung der Reichsacht – gegen drohende Landfriedensbrüche vorzugehen.¹⁰⁸ Das Gericht war ferner auch zuständig für etwaige, aus einem Landfriedensbruch resultierende Schadensersatzansprüche gegen den Landfriedensbrecher.¹⁰⁹

Die Titel X bis XIII betreffen Einzelfragen des Landfriedensbruchs bzw. sind in seinem Umfeld angesiedelt. Es ging dabei fast ausschließlich um Fälle unterhalb des eigentlichen Landfriedensbruchs, bei denen aber hinreichende Gefahr oder Verdacht auf bereits geschehenen oder zu befürchtenden Landfriedensbruch bestand. Dafür war am Reichskammergericht ein gesondertes Verfahren – der sogenannte Purgationsprozeß¹¹⁰ – vorgesehen. In diesem Verfahren mußte sich der des Landfriedensbruchs Verdächtige durch Eid reinigen und zwar vor dem ordentlichen Richter, vor dem Kaiser oder vor dem Reichskammergericht. Für Verweigerung des im einzelnen minutiös festgelegten Verfahrens beim Purgationsprozeß drohte die Acht.¹¹¹ Anzuwenden war dieses Verfahren ohne Rücksicht auf die Standeszugehörigkeit gegen des Landfriedensbruchs Verdächtige, denen die Tat zwar nicht bewiesen werden konnte, die aber *auß redlichen erheblichen gnugsamen anzeygungen in verdacht stünden oder darvon eyn öffentlich gerücht und geschrey were, oder aber, so auß dergleichen anzeygungen jemandt in verdacht stünde(n)*.¹¹²

Das gleiche galt für diejenigen, die solchen Tätern Hilfe, Beistand oder Vorschub leisteten. Ferner war es vorgesehen gegenüber denjenigen, die ihre Güter *gefährlicherweis* veräußern oder derartige Güter annehmen würden,¹¹³ weil auch in diesen Fällen latent eine Gefährdung des Landfriedens zu besorgen war. Eingeleitet wurde das Purgationsverfahren entweder auf Initiative des Klägers, von Amts wegen oder durch den kaiserlichen Fiskal.

In den Zusammenhang mit dem Landfriedensschutz gehört auch die Zuständigkeit des Gerichts, in erster Instanz über diejenigen zu urteilen, die ihrer Herrschaft entlaufene Untertanen schützten und nicht ihren rechtmäßigen Herren überantworteten.¹¹⁴ Auch dies wurde als Landfriedensbruch verstanden. Zuständig gewesen ist das Reichskammergericht ferner für Klagen gegen Obrigkeiten, die gegen herrenlose Knechte keine Hilfe leisteten¹¹⁵, und für Verfahren bezüglich der bei der Handhabung Friedens und Rechts entstandenen Kosten und Schäden¹¹⁶. Schließlich wurden dem Reichskammergericht auch Aufgaben und Kompetenzen bei der Vorbereitung militärischer Maßnahmen zur Wiederherstellung des Landfriedens zugewiesen.¹¹⁷

Ausführlich behandelt wurden ferner auch die Fiskalsachen. Danach sollte der Fiskal beim Reichskammergericht Klage erheben¹¹⁸ bei: Verstößen gegen die Goldene Bulle, den Landfrieden oder Gebote von Kaiser und Kammergericht,¹¹⁹ bei Versäumnissen in bezug auf Reichsabgaben¹²⁰ und Verstößen gegen die Reichspolizeiordnung von 1548¹²¹ sowie im Fall

der Hilfeleistung für Türken oder andere Feinde der Christenheit¹²² und bei Nachlässigkeiten von Obrigkeiten im Kampf gegen Wiedertäufer¹²³ und herrenlose Knechte¹²⁴ sowie schließlich im Fall der Nichtbeachtung der Reichskonstitution über die westfälischen Femegerichte¹²⁵.

Fortgeschrieben wurde ferner der auf die Reichskammergerichtsordnung von 1521 zurückgehende Possessionsprozeß¹²⁶ – also das Verfahren um streitigen Besitz – zwischen Reichsunmittelbaren bzw. Reichsmittelbaren, bei denen die streitigen Güter in verschiedenen Territorien gelegen waren.¹²⁷ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das den Kammerrichtern und Beisitzern zugestandene Recht – ex officio oder auf Anrufen der Parteien – anstatt die im Streit befindlichen Besitztümer zu sequestrieren, beiden Parteien zu gebieten, sich jedweder Inbesitznahme zu enthalten. Offenbar war die bereits zu Beginn des Jahrhunderts mehrfach bemängelte Praxis des Sequestrierens¹²⁸ immer noch nicht überwunden.

Es folgen schließlich Regeln zum Mandatsprozeß. Dabei geht es zunächst um die widerrechtliche Pfändung unter Reichsunmittelbaren, für die das Reichskammergericht zuständig gewesen ist, da dieses Delikt als ein Unterfall des Landfriedensbruchs verstanden wurde.¹²⁹ Auf Anrufen des Gepfändeten sollte unter Androhung ... *einer namhaften peen und sine clausula justificatoria mandirt und gebotten werden* ... – also ein mandatum sine clausula justificatoria ergehen.¹³⁰ Im folgenden XXIII. Titel wurde dem Reichskammergericht dann in Form einer Generalklausel unter vier Voraussetzungen der Erlaß unklausulierter Mandate gestattet.¹³¹

In der Praxis erlangte der (unbedingte) Mandatsprozeß sine clausula auf Grund der generalklauselartigen Regelung in Titel XXIII allergrößte Bedeutung. Mittels dieses Verfahrens wurde es möglich – entgegen den Austrägalprivilegien und dem Vorrang territorialer Obergerichte – für die gravierendsten Konfliktsituationen im Reich eine, wenn auch nur außerordentliche erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts zu begründen. Freilich betraf sie lediglich den vorläufigen Rechtsschutz; für die endgültige Entscheidung in der Sache blieb es bei der Zuständigkeit des jeweils ordentlichen Richters.¹³²

Auch hinsichtlich der Diffamationsverfahren wurde die bereits im Reichsabschied von 1532 normierte Zuständigkeitsregelung¹³³ fortgeschrieben, daß nämlich das Reichskammergericht in derartigen Angelegenheiten nur für Reichsunmittelbare zuständig sein sollte.¹³⁴ Übernommen wurden auch die Vorschriften über die erstinstanzliche Zuständig-

keit des Gerichts in Fällen der Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung.¹³⁵

Unter dem Titel *Von sachen, so in der andern instantz durch appellation an das kayserlich cammergericht erwachsen und gehören* wird in neun Titeln die zweitinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts behandelt. Insgesamt liegen die Dinge bei der aus dem römisch-kanonischen Recht übernommenen Appellation¹³⁶ weniger kompliziert. Hier knüpfte die Reichskammergerichtsordnung von 1555 weitgehend an bereits bestehende Rechtszustände und Gewohnheiten an. Grundsätzlich Neues zur Zuständigkeit des Reichskammergerichts in der zweiten Instanz findet sich an keiner Stelle; die Ordnung beschränkt sich weithin auf Wiederholungen, z.T. sehr weitschweifige Klarstellungen und nur gelegentliche Modifizierungen.

Von den erstinstanzlichen fürstlichen Austrägalgerichten sowie von den ordentlichen Obergerichten der Territorien und Reichsstädte ging die Appellation an das Reichskammergericht.¹³⁷ In Fortführung der Rechtslage, wie sie sich aus der Kammergerichtsordnung von 1495 ergab,¹³⁸ durfte das aber nicht *gradatim* erfolgen, wie es in den Quellen heißt.¹³⁹ Das bedeutet nicht mit Überspringen einer Instanz. Anknüpfend an die nach dem Reichsabschied von 1532 bereits bestehende Rechtslage¹⁴⁰ wurde auch das Verbot erneuert, die Untertanen zu einem Verzicht auf ihr Appellationsrecht zu zwingen.¹⁴¹

In peinlichen Sachen war die Appellation nach altem Gewohnheitsrecht ausgeschlossen. Da offenbar gleichwohl in der Vergangenheit Strafsachen zur Appellation angenommen worden waren, verordnete die Reichskammergerichtsordnung von 1555 nunmehr erneut ausdrücklich, ... *daß hinfürther in peinlichen sachen, die leibstraff uff inen tragen, am keyserlichen cammergericht keyn appellation angenommen, ...* werden sollte.¹⁴² Ferner ist dort im folgenden die Rede von *peinlichen sachen, auch leibstraff belangendt*. Beide Formulierungen legen vom Wortlaut her den Schluß nahe, daß es sich bei den peinlichen Strafen gemäß der genannten Ordnung nicht zugleich zwingend um Leibesstrafen handeln mußte, also peinliche Strafen, die nicht auch als Leibesstrafen zu qualifizieren waren, prinzipiell denkbar gewesen sind, für die dann offenbar eine erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts bestand. Im Reichsabschied des Jahres 1530 findet sich diese verbale Beschränkung des Appellationsverbotes auf *mit Leibesstrafe bedrohte* peinliche Sachen jedenfalls noch nicht.¹⁴³ Identisch ist dagegen die entsprechende Regelung im Concept von 1613.¹⁴⁴ Angesichts dessen ist es immerhin fraglich,

ob die in der Forschung allgemein akzeptierte Annahme, in Strafsachen dürfe nicht an das Reichskammergericht appelliert werden,¹⁴⁵ in dieser Absolutheit so ohne weiteres aufrecht zu erhalten ist. Immerhin ist auffällig, daß die Gerichtsordnung von 1555 zweimal hintereinander Redewendungen gebraucht, die vom sprachlichen Befund her Raum läßt für die Existenz peinlicher Strafen unterhalb der Schwelle von Leibesstrafen.¹⁴⁶

Ferner wurde zur Eindämmung der Zahl der Appellationen zum einen, wie schon in der Reichskammergerichtsordnung von 1521, eine Appellationssumme von 50 Gulden festgesetzt,¹⁴⁷ die später durch die Reichsabschiede von 1570 und 1600 auf 150 Gulden¹⁴⁸ bzw. 300 Gulden¹⁴⁹ erhöht worden ist.¹⁵⁰ Zum anderen wurde die Appellation gegen Zwischenurteile (Interlocute) zwar nicht mehr, wie noch nach der Kammergerichtsordnung von 1495 gänzlich untersagt,¹⁵¹ aber immerhin doch erheblich eingeschränkt.¹⁵² Damit sollte der offensichtlich weit verbreiteten Praxis der Prozeßverschleppung entgegengewirkt werden. In die gleiche Richtung weist die Verpflichtung, daß Kammerrichter und Beisitzer *frevenliche und mutwillige appellationes* nicht nur nicht annehmen durften, sondern die betreffende Partei *gebürlich* zu strafen hätten.¹⁵³

Aufs Ganze gesehen erweist sich die Reichskammergerichtsordnung von 1555 auch mit Blick auf die Zuständigkeitsregelungen, als eine – gemessen an der ersten Reichskammergerichtsordnung von 1495 – solide und rechtsgelehrte sowie weithin auch systematisch gestaltete Kompilation des im Verlauf eines halben Jahrhunderts angesammelten Rechtsstoffes. Sie nahm die Erfahrungen dieser Zeit auf und ist als Reichsgrundgesetz für die folgenden zweieinhalb Jahrhunderte eine maßgebliche Grundlage für die Tätigkeit des Reichskammergerichts geblieben.

IV. Das Concept einer erneuerten Reichskammergerichtsordnung von 1613

Zurückgehend auf eine Anregung des Reichskammergerichts selbst aus dem Jahre 1595 wurde auf dem Speyerer Reichstag von 1600 eine Neuredaktion der Reichskammergerichtsordnung beschlossen.¹⁵⁴ Die Notwendigkeit dazu erwuchs insbesondere aus einer Reihe von neuen Regelungen, die auf den Reichstagen von 1570¹⁵⁵ und 1594¹⁵⁶ sowie auf

dem Speyerer Reichstag von 1600 vereinbart worden waren. Ein daraufhin vom Reichskammergericht angefertigter Entwurf wurde dem Regensburger Reichstag 1613 vorgelegt. Allerdings kam es niemals zu einer förmlichen Verabschiedung, so daß dieses Werk lediglich als *Concept der Cammer=Gerichts=Ordnung vom Jahr 1613* in die Geschichte des Reichskammergerichts eingegangen ist. Obwohl also niemals förmlich in Kraft gesetzt, wurde dieses Concept bis zum Ende des Gerichts im Jahre 1806 ohne weiteres als Quelle der Kameraljustiz angesehen. Es trug insgesamt und insbesondere, was die Fragen der Zuständigkeit anbelangt, ganz überwiegend ergänzenden Charakter. Vergleicht man die Vorschriften zur Zuständigkeit des Reichskammergerichts gemäß der Reichskammergerichtsordnung von 1555 mit denen des Concepts von 1613, so ergibt sich eine sehr weitreichende Übereinstimmung bis in zahlreiche Formulierungen hinein.

Neu ist lediglich die Zuständigkeit in Arrestsachen. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts in Arrestsachen war 1555 noch nicht vorgesehen und wurde nach gesetzlichen Regelungen in den Reichsabschieden von 1570,¹⁵⁷ 1594¹⁵⁸ und 1600¹⁵⁹ schließlich in das *Concept der Cammer=Gerichts=Ordnung* von 1613¹⁶⁰ übernommen. Der verfassungsgeschichtliche Hintergrund für diese Zuständigkeitserweiterung des Reichskammergerichts ist folgender: Da die widerrechtliche Pfändung seit 1555 mit Klage vor dem Reichskammergericht bedroht war, bedienten sich insbesondere die reichsunmittelbaren Stände zur Vermeidung der Pfändungskonstitution¹⁶¹ bei ihren offensichtlich noch in großer Zahl gewaltsam ausgetragenen Händeln nunmehr zunehmend des Arrestes. Hier zeigt sich in aller Klarheit, wie Zwänge in der realen Praxis der Rechtsprechung der Reichsjustiz zu einer Ausweitung der sachlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts führten. Gegen die widerrechtliche Belegung mit Arrest konnte nunmehr gemäß dem Concept von 1613 ein *mandatum sine clausula*¹⁶² erlangt werden.¹⁶³

Darüber hinaus hatte das Concept von 1613 ganz überwiegend nur ergänzenden Charakter. Es nahm inhaltlich die Weiterentwicklungen der Kameraljustiz durch die Reichsabschiede und insbesondere durch die seit Mitte des 16. Jahrhunderts an Bedeutung gewinnenden Visitationsabschiede auf und implantierte sie in die Gerichtsordnung von 1555.

Abgesehen von der genannten erstinstanzlichen Zuständigkeit in Arrestsachen ist die Herausbildung grundsätzlich neuer Zuständigkeiten im Verhältnis zur Reichskammergerichtsordnung von 1555 nicht ersichtlich. Gleichwohl sind selbstverständlich die zahlreichen Vorschriften zur

Präzisierung und näheren Ausgestaltung der einzelnen Klagen vor dem Reichskammergericht für die Praxis von großer Bedeutung gewesen; davon sind zumeist aber eher prozessuale Fragestellungen betroffen gewesen.

Obwohl dem Grunde nach mit der Ordnung von 1548/55 die Ausformung der Zuständigkeiten des Reichskammergerichts um die Mitte des 16. Jahrhunderts im wesentlichen abgeschlossen war und auch das Concept von 1613 – wie gesehen – nur marginale Neuerungen gebracht hat, ergingen gleichwohl in den folgenden beiden Jahrhunderten noch eine Reihe von speziellen Regelungen, auch mit Blick auf die Zuständigkeiten des Gerichts. Das wird nicht zuletzt in der Wirkungsgeschichte des eingangs erwähnten monumentalen Werkes von ANDREAS GAILL¹⁶⁴ deutlich. Ausgehend von der Prämisse, daß das Reichskammergericht grundsätzlich nur Appellationsinstanz gewesen ist, wurden in der deutschen Übertragung von THOBAS LONCIUS aus dem Jahre 1673, die zugleich eine aktualisierte Weiterführung dieses Werkes beinhaltet, insgesamt 34 Ausnahmen und damit eine gleiche Zahl verschiedener erstinstanzlicher Zuständigkeiten des Reichskammergerichts umfassend dargestellt.¹⁶⁵

Dabei fällt zunächst auf, daß GAILL bzw. LONCIUS kaum eine erschöpfende Aufzählung aller Zuständigkeiten des Reichskammergerichts beabsichtigt haben dürften. Immerhin fehlen bei den genannten 34 Ausnahmen eine ganze Reihe von Fallgestaltungen, bei denen ausweislich der Gerichtsordnungen von 1555 und 1613 zweifellos eine Zuständigkeit *in prima instantia in Camera*, wie es bei GAILL immer wieder heißt, bestanden hat.¹⁶⁶ Offenbar ging es in erster Linie darum, besonders strittige Problemfelder aus der Rechtsprechungspraxis des Gerichts zu erörtern. Für eine solche Sicht spricht insbesondere der Umstand, daß längst nicht alle „Ausnahmetatbestände“ bei GAILL mit normativen Belegen fundiert sind. Ferner ist an den Stellen, wo eine Bezugnahme, vorzugsweise auf die Ordnung von 1555 erfolgt, die Subsumtion des diskutierten Sachverhalts unter die angeführte Quelle häufig problematisch.

An dieser Stelle ist nicht der Raum, sich mit diesen Zuständigkeitsregelungen im einzelnen und ausführlich zu befassen. Das ist aber auch nicht erforderlich, lassen sich doch diese nur zum geringeren Teil vollständig neu geschaffenen Zuständigkeiten in ihrer Gesamtheit auf einige wenige, übergreifende Gesichtspunkte zurückführen. Es sind insbesondere ***vier grundsätzliche Zuständigkeiten***,¹⁶⁷ die von GAILL ledig-

lich in ihren verschiedenen Ausprägungen einzeln behandelt werden sind.

Das betrifft *erstens* und in der Summe dominierend die Beteiligung von **Reichsunmittelbaren**, sei es als Kläger sei es als Beklagte; bisweilen mußten auch beide Beteiligte reichsunmittelbar sein.¹⁶⁸ Bei GAILL finden sich insgesamt immerhin 16 Varianten, die dieser Gruppe zuzurechnen wären:

- Mandati de non offendendo gegen Reichsunmittelbare;¹⁶⁹
- Mandati sine clausula justificatoria gegen Reichsunmittelbare;¹⁷⁰
- Pfändung;¹⁷¹
- Bestellung von Kommissionen zur Zeugenvernehmung in Verfahren gegen Reichsunmittelbare;¹⁷²
- Klagen von Adel, Bürger und anderen reichsmittelbaren Personen gegen den reichsunmittelbaren Adel; ausgenommen Fürsten und andere vornehme Herren, gemäß dem Privileg der *Aufsträg*;¹⁷³
- Klagen gegen Reichsstädte und deren Bürger, soweit ihnen nicht das Privileg der *Aufsträg* zusteht;¹⁷⁴
- Klagen von Untertanen und sonstigen Personen gegen Reichsunmittelbare, die in bürgerlichen Sachen auf Haftentlassung gegen genügsame Kautionsklagen;¹⁷⁵
- Promotorialsachen gegen „reichsunmittelbare“ Richter;¹⁷⁶
- Nullitätsklagen in peinlichen Sachen gegen „reichsunmittelbare“ Richter;¹⁷⁷
- Mandati sine clausula justificatoria gegen nachteilige Bauunternehmungen des „reichsunmittelbaren“ Nachbarn;¹⁷⁸
- Reichsunmittelbare Beklagte verstoßen gegen die Vorschriften zur Austrägalgerichtsbarkeit der Reichskammergerichtsordnung von 1555;¹⁷⁹
- Persönliche Klagen gegen Reichsunmittelbare;¹⁸⁰
- Untertanenprozesse gegen reichsunmittelbare Grafen und Herren oder Adlige;¹⁸¹
- Bestellung und Bestätigung von Vormundschaften und sonstigen Pflögschaften für reichsunmittelbare Personen;¹⁸²
- Reduction (keine Appellation) gegen schiedsgerichtliche Entscheidungen zwischen Reichsunmittelbaren;¹⁸³
- Vollstreckung von Abschieden gewillkürter Schiedsrichter wider Fürsten und Herren oder andere (reichsunmittelbare) Personen;¹⁸⁴

Der zweite Komplex läßt sich umschreiben mit **Reichsaufgaben/Reichskompetenz**. Dabei handelt es sich zum Teil um traditionelle Aufgabenbereiche des Königs wie z.B. den Schutz von Witwen und Waisen:

- Kaiserliche Privilegien unter Bezugnahme auf den als Majestätsbeleidigung verstandenen Geleitsbruch;¹⁸³
- Streit um Reichslehen;¹⁸⁶
- Öffentliche Ladung nicht seßhafter (*vagirender*) Personen;¹⁸⁷
- Personen, die sich in der Reichsacht befinden;¹⁸⁸
- Sachen von Witwen und Waisen;¹⁸⁹
- Vollstreckung von Urteilen der Kommissare oder geordneten Richter (Austrägalrichter);¹⁹⁰
- Ebenfalls zu den Fällen erstinstanzlicher Zuständigkeit zählte GAILL merkwürdigerweise Klagen in Lehensachen gegen Fürsten oder Reichsgrafen vor von den Parteien erkorenen *Lehen=Richtern*. Gegen deren Urteile erfolgte dann die Appellation ans Reichskammergericht, sofern keine nähere Obrigkeit vorhanden war;¹⁹¹
- Hinzu kommen einige, bei GAILL nicht aufgeführte erstinstanzliche Zuständigkeiten.¹⁹²

Ein *dritter* Problemkreis betrifft den **Landfriedensbruch**,¹⁹³ der sowohl den Bruch des Religionsfriedens¹⁹⁴ als auch die widerrechtliche Privatpfändung¹⁹⁵ einschloß. Hinzu kamen *Mandati de non offendendo*¹⁹⁶ (außer gegen Reichsunmittelbare) und Besitzrechtsstreitigkeiten um liegende Güter.¹⁹⁷

Viertens wären auch noch einige Regelungen zu nennen, die dem **Untertanenschutz**¹⁹⁸ dienten, wie die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts für Klagen der Fürsten gegen die ihnen selbst unmittelbar unterworfenen Städte¹⁹⁹ und bei Diffamationsklagen von Reichsunmittelbaren²⁰⁰ sowie Citations- oder Mandatsverfahren um Erlassung widerrechtlich erzwungener Eide.²⁰¹ In diesen Kontext gehört auch eine Reihe weiterer Fallgestaltungen, die sowohl dem Problemkreis Untertanenschutz als auch dem der Reichsunmittelbarkeit zuzurechnen sind.²⁰²

Schließlich bestanden einige besondere Zuständigkeiten für spezielle **Sachprobleme**, wie z.B. die schon mehrfach erwähnten Fälle von Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung²⁰³ sowie in Fiskalsachen²⁰⁴ bzw. den privilegierten Gerichtsstand der Kameralen betreffend.²⁰⁵ Darüber hinaus gab es aber auch Fälle, die wegen des Sachzusammen-

hanges²⁰⁶ oder auf Grund von Vereinbarungen der Parteien (Vergleich über den Gerichtsstand am Reichskammergericht) in erster Instanz ans Reichskammergericht gelangten.²⁰⁷

Die knappe summarische Übersicht über die von ANDREAS GAILL angeführten Ausnahmen von der „*RechtsRegul*“ [...], *das keine sachen in erster Instanz am Kayserlichen Cammer=Gericht mögen geklagt werden, sondern allein durch ein Appellation dahin erwachsen müssen.*²⁰⁸ macht zweierlei deutlich: **erstens** lassen sich zahlreiche der genannten Ausnahmen unter einen übergreifenden rechtlichen Gesichtspunkt subsumieren und **zweitens** beinhalten sie sachlich kaum neue Gesichtspunkte, die über die Regelungen in der *Cammer=Gerichts=Ordnung von 1555* bzw. in dem *Concept der Cammer=Gerichts=Ordnung vom Jahr 1613* hinausgehen. Insoweit ist die große Zahl von erstinstanzlichen Zuständigkeiten des Reichskammergerichts bei GAILL mit Blick auf ihren rechtspolitischen Geltungsansatz doch erheblich zu relativieren.

V. Zusammenfassung und Ergebnisse

War die Rechtsprechungskompetenz des Reichskammergerichts zunächst kaum geregelt, da insbesondere die Reichskammergerichtsordnung von 1495 offensichtlich von der Kontinuität zum königlichen Kammergericht ausging, so hat sich doch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts allmählich so etwas wie ein System der Zuständigkeiten des Reichskammergerichts herausgebildet. Dies erfolgte ausgehend von der Reichskammergerichtsordnung von 1495 maßgeblich durch zahlreiche neue Ordnungen des Gerichts und eine Reihe von Reichsabschieden. Die ohnehin erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an Bedeutung gewinnenden Reichsvisitationen haben dazu ebensowenig beigetragen wie die Gemeinen Bescheide. Diese Entwicklung hat dann ihren Niederschlag gefunden in der Reichskammergerichtsordnung von 1555.

Zwar erfolgte auch in den darauffolgenden Jahrhunderten eine weitere Präzisierung der Zuständigkeitsregelungen, gleichwohl brachte beispielsweise schon das niemals formell in Kraft gesetzte *Concept der Cammer=Gerichts=Ordnung vom Jahr 1613* hinsichtlich der Zuständigkeit des Reichskammergerichts nichts wirklich grundsätzlich Neues. Vielmehr war der Prozeß der Herausbildung der Zuständigkeiten des Reichskammergerichts um die Mitte des 16. Jahrhunderts dem Grunde

nach im wesentlichen abgeschlossen. Nimmt man die Zeit nach 1613 in den Blick, dann wird deutlich, daß zwar keine grundlegenden Neuerungen stattfanden, aber gleichwohl Konkretisierungen bei den tradierten Zuständigkeiten des Reichskammergerichts durch Visitationsabschiede und Reichsabschiede erfolgten. Auf diese Weise entstand ein für uns heute so kompliziert erscheinendes Geflecht von Zuständigkeitsregelungen für das Reichskammergericht, das letztlich aber nur dem ständisch geprägten, verfassungsrechtlichen Zustand des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation entsprach.

Aufs Ganze gesehen relativ klar scheint das Verhältnis des Reichskammergerichts zum kaiserlichen Reichshofrat gewesen zu sein. Eine ausschließliche Zuständigkeit für die Zeit nach dessen Etablierung in Wien dürfte es für das Reichskammergericht nicht gegeben haben. Grundsätzlich bestand die Zuständigkeit des Kammergerichts alternativ zu der des Reichshofrats.²⁰⁹ Es galt die von niemandem bestrittene Regel, daß die jeweils klagende Partei – sei es in der ersten oder in der Appellationsinstanz – die Wahl hatte, welches der beiden obersten Reichsgerichte sie anrief.²¹⁰ Auch die vom Reichshofrat immer wieder geltend gemachte ausschließliche Zuständigkeit in Reichslehensachen blieb dauerhaft streitig; die Frage wurde letztlich nie wirklich geklärt.²¹¹

Welche Bedeutung Streitigkeiten um Zuständigkeitsfragen in Verfahren vor dem Reichskammergericht tatsächlich gehabt haben, läßt sich momentan kaum zuverlässig bestimmen. Eine quantitative Analyse auf der Basis von 22.527 Reichskammergerichtsverfahren unterschiedlicher Provenienz weist ca. 1.607 Verfahren (ca. 7,2 %) aus, in denen es ausweislich der Angaben in den seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den verschiedenen Verwahrarchiven von Prozeßakten des Reichskammergerichts erarbeiteten Inventare zumindest auch um die Frage der Zuständigkeit des Gerichts gegangen ist.²¹² Allerdings sollte dieser Befund nicht überbewertet werden, die Zahlen deuten wohl zunächst lediglich eine Tendenz an.

Kehren wir abschließend noch einmal zu der eingangs gestellten, grundsätzlichen Frage nach der inneren Logik der Zuständigkeitsregelungen für das Reichskammergericht zurück: Selbst aus dem scheinbar so diffusen Bild, das die zusammenfassenden Darstellungen des 18. Jahrhunderts zur Frage der Zuständigkeit des Reichskammergerichts gezeichnet haben – zu denken wäre hier insbesondere an die monumentalen Werke der eingangs genannten Autoren²¹³ JOHANN STEPHAN PÜTTER, JOHANN JACOB MOSER, BENJAMIN FERDINAND MOHL und D. DANZ – läßt

sich durchaus ein allgemeines System der Zuständigkeiten des Reichskammergerichts erschließen. Bei deren Bestimmung im einzelnen nach systematischen Gesichtspunkten ist es allerdings erforderlich, sich von der Vielzahl möglicher Unterscheidungskriterien und deren komplizierter Verknüpfung, wie sie sich insbesondere bei BENJAMIN FERDINAND MOHL findet, zu lösen.

Zum Verständnis von Mechanismus und Methode der Zuständigkeitsregelungen für das Reichskammergericht muß man sich zunächst einmal den verfassungsrechtlichen Hintergrund dieser Problematik klar machen. Erinnern wir uns: Nach der ersten Reichskammergerichtsordnung von 1495 wurde zum einen den Fürsten des Reiches in der ersten Instanz das tradierte Austrägalrecht gewährt und zum anderen verblieben alle mittelbaren Reichsglieder unter ihren angestammten ordentlichen Gerichten. Damit bestand faktisch allein über die unmittelbaren Reichsglieder ohne Fürstenrang eine erstinstanzliche Zuständigkeit des Gerichts. Da die Kammergerichtsordnung von 1555 auch den Prälaten, Grafen, Herren und Adligen das Recht der Austrägalgerichtsbarkeit gewährte,²¹⁴ wurden faktisch alle reichsunmittelbaren Stände der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts entzogen; insoweit ist es dem Grunde nach tatsächlich zum reinen Appellationsgericht geworden.²¹⁵

Diese Grundsätze für sich genommen, reduzierte sich die Zuständigkeit des Gerichts in erster Instanz damit auf zwei Fallkonstellationen: Zum einen konnte bei Klagen von Reichsmittelbaren im Falle von Rechtsverweigerung bzw. Rechtsverzögerung seitens der eigentlich zuständigen territorialen oder städtischen Obergerichte die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts gegeben sein. Zweitens war das Gericht in erster Instanz zuständig bei Fristversäumnis im Rahmen der Austrägalgerichtsbarkeit resp. einem Verzicht auf das Austragsrecht, der wohl auch konkludent erfolgen konnte. In der Sache lief letzteres praktisch auf eine offene oder stillschweigende Parteienvereinbarung über den Gerichtsstand hinaus. In beiden Fällen handelte es sich gewissermaßen nur um eine ersatzweise vorgesehene erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts, deren Eintritt die Betroffenen selbst vermeiden konnten.

Das ist exakt die Vorstellung, von der ANDREAS GAILL ausgeht, wenn er eingangs zum ersten Buch seiner „*Observationen*“ formuliert, daß *gemeiner RechtsRegul nach, das keine Sachen in erster Instantz am Kayserlichen Cammer=Gericht mögen geklagt werden, sondern allein durch Appella-*

*tion dahin erwachsen müssen. Weiter heißt es dann: So hat doch solche Rechts=Regul in vilen vnterschieden Sachen kein stat, welche zum theil in der Kayserlichen Cammer=Gerichts=Ordnung außgedrucket, zum theil aber auß dem täglichen Gebrauch, oder eingeführten Gewonheit deß Cammer=Gerichts zuvermercken, welcher Gebrauch vermög der Recht billich, als ein gewiß Gesätz.*²¹⁶ Es folgen die genannten 34 Ausnahmen von dieser Rechtsregel.

Die von Anfang an deutlich erkennbaren und von den Reichsständen wohl auch überwiegend gewollten personellen Einschränkungen der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts waren aber nur die eine Seite. Parallel dazu erfolgte durch die Begründung davon weitestgehend unabhängiger sachlicher Zuständigkeiten zugleich eine Erweiterung der Kompetenzen des Gerichts. So wurde, wenn man so will, über den Umweg einer Ausweitung der sachlichen Zuständigkeit erreicht, was hinsichtlich des persönlichen Gerichtsstandes gegen den Widerstand der reichsunmittelbaren Stände nicht durchzusetzen war.

Die bei weitem wichtigste sachliche und von ständischer Zugehörigkeit unabhängige Zuständigkeit betraf den Landfriedensbruch. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts in Landfriedenssachen – obwohl in der Ordnung von 1495 nur vage angedeutet – bestand zweifellos von Beginn an. Schließlich war die Wahrung des Landfriedens einer der Hauptgründe für die Wiederbelebung des Gerichts überhaupt. Die in den folgenden Jahrzehnten sukzessive vorgenommene Ausweitung der sachlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts fand dann schließlich – nach ersten Ansätzen in den nachfolgenden Reichsabschieden und Kammergerichtsordnungen – ihren direkten normativen Niederschlag in der Reichskammergerichtsordnung von 1555. Bereits vor deren Errichtung wurde gemäß dem Reichsabschied von 1512 die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts für Besitzrechtsstreitigkeiten begründet und später dann in die Ordnung von 1521 übernommen, eine mit Blick auf die Eindämmung der Fehde überaus bedeutsame Maßnahme. Auf ähnliche Weise wurde auch die Zuständigkeit des Reichskammergerichts unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Schutz- und Fürsorgepflicht des Kaisers erweitert.

Von besonderer Bedeutung für die Erweiterung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts war aber der durch die Reichskammergerichtsordnung von 1555 eingeführte Mandatsprozeß; insbesondere in seiner unbedingten Form (*sine clausula*) hat er die Autorität des Gerichts zweifellos erheblich gestärkt.²¹⁷ Zwar dürfte diese Jurisdik-

tionsgewalt in den machtpolitischen Auseinandersetzungen der großen Territorialgewalten kaum ernsthafte praktische Bedeutung erlangt haben; kleinere Reichsstände mußten sich gleichwohl bis zum Ende des Alten Reiches nachweislich dem Judiz des Reichskammergerichts unterwerfen.²¹⁸

Abgesehen davon wurden neue Kompetenzen des Gerichts überwiegend dadurch geschaffen, daß Tatbestände, die eigentlich unterhalb der Schwelle des Landfriedensbruchs lagen, schlicht für einen Landfriedensbruch erklärt oder ihm gleichgestellt wurden.²¹⁹ Auf diese Weise wurde erreicht, daß binnen eines halben Jahrhunderts in den für die Existenz des Reiches lebenswichtigen Fragen jedermann – auch und gerade die Reichsfürsten – in erster Instanz vor das Reichskammergericht gefordert werden konnten. Da der Landfriedensbruch spätestens seit dem Landfrieden von 1548 als Reichsverbrechen galt,²²⁰ unterstanden auch die durch Gerichtsstandsprivilegien gemäß der Goldenen Bulle schon seit 1356 von der Gerichtsbarkeit des Reiches eximierten Kurfürsten und die in den folgenden Jahrhunderten ebenfalls mit derartigen Appellationsprivilegien²²¹ ausgestatteten Reichsstände in Landfriedenssachen – jedenfalls formal – der erstinstanzlichen Jurisdiktionsgewalt des Reichskammergerichts.

Daß die Fortentwicklung (auch) der Zuständigkeitsregelungen für das neben dem Reichshofrat höchste Reichsgericht mit dem Erlaß der Reichskammergerichtsordnung von 1555 keineswegs abgeschlossen war, macht die im Concept von 1613 vorgenommene Erweiterung der Pfändungskonstitution auf den etwas anders gelagerten Tatbestand des Arrestes deutlich.²²² Auch in der Folgezeit hat es noch Ausweitungen der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts gegeben, wie die Auflistung der zahlreichen Ausnahmen von der Regel bei THOBIAUS LONCIUS beweist. Dies erfolgte regelmäßig durch Schaffung neuer, zu meist recht spezieller Tatbestände, wie beispielsweise die mit Fürsorgepflichten des Kaisers begründete Zuständigkeit des Reichskammergerichts in Sachen von Witwen und Waisen. Das aber liegt bereits jenseits des zeitlichen Rahmens dieses Beitrages.²²³

Anmerkungen

1. ADOLF LAUFS, Reichskammergericht, HRG IV, '1990, Sp. 659 f.; vgl. auch: DERS., Die Reichskammergerichtsordnung von 1555 (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 3), 1976, S. 8-50 passim; DERS., Rechtsentwicklungen in Deutschland, 5. Aufl. 1996, S. 67-69, 75 f., 93-97, 161. – KARL KROESCHELL, Deutsche Rechtsgeschichte 2 (1250-1650), 8. Aufl. 1992, S. 255-269. – ULRICH EISENHARDT, Deutsche Rechtsgeschichte, 4. Aufl. 2004, S. 138-148. – Die Arbeit von JOHANN CHRISTOPH SCHWARTZ, Vierhundert Jahre deutscher Civilproceß-Gesetzgebung, Berlin 1898, S. 89 ff., nennt als erstinstanzliche Zuständigkeit lediglich die Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung und geht etwas genauer auf das Austragsverfahren ein. – Das immer noch viel benutzte Lehrbuch von HEINRICH MITTEIS / HEINZ LIEBERICH, Deutsche Rechtsgeschichte, 19. Aufl. 1992, S. 343f., 356f. berührt die Zuständigkeitsproblematik des Reichskammergerichts praktisch überhaupt nicht.
2. Vgl. MANFRED HINZ, Mandatsprozeß, HRG III, '1984, Sp. 235. Diese erstinstanzliche Ausnahmезuständigkeit des Reichskammergerichts im Rahmen des Mandatsprozesses bestand ohne Rücksicht auf die Zuständigkeit für den ihm zu Grunde liegenden Rechtsstreit.
3. HERMANN CONRAD, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 2 – Neuzeit bis 1806, Karlsruhe 1966, S. 160.
4. Fürstmäßige hatten auf der Reichsversammlung auf der Fürstenbank kein Stimmrecht; ansonsten standen sie den Fürsten gleich.
5. JOACHIM MYNSINGER VON FRUNDECK, Singularium Observationum Iudicii Imperialis Camerae, Basel 1563 (zwei erweiterte Aufl. folgten 1571 bzw. 1584) – ANDREAS GAILL, Practicarum observationum tam ad processum iudicarium praesertim Imperialis Camerae quam ad causarum decisiones pertinentium, 1578 (das Werk erfuhr in der Folgezeit zahlreiche Neuauflagen, so 1580, 1611, 1621, 1645, 1653, 1661, 1663, 1668, 1697, 1721, 1771 und wurde von THOBAS LONCIUS ins Deutsche übersetzt – Drucke von 1601 und 1673) – JOHANN HEINRICH FREIHERR VON HARPPRECHT, Staats=Archiv des Kayserl. und des H. Röm. Reichs Cammer=Gerichts oder Sammlung ... ACTIS PUBLICIS, ARCHIVAL=Urkunden, Kayserl. Rescripten, Verordnungen ..., sechs Teile, 1. Teil, Ulm 1757, 2. Teil, Ulm 1758, 3. Teil, Ulm 1759, 4. Teil, Ulm 1760, die Fortsetzung in den Teilen fünf und sechs erschien in Frankfurt a.M. 1767 bzw. 1768 unter dem Titel: Geschichte des Kaiserlichen und Reichs=Cammer=Gerichts unter der glorwürdigsten Regierung Kaisers Carl des Fuenften als eine Fortsetzung des Cammergerichtlichen Staats=Archivs oder Sammlung ... – JOHANN JACOB MOSER, Grund=Riss der heutigen Staats=Verfassung des Teutschen Reichs 7. Aufl. 1754), S. 603-

- 653; DERS., Neues Teutsches Staatsrechte, 8.1. – von der Teutschen Justiz=Verfassung, 1774 – JOHANN STEPHAN PÜTTER, Anleitung zum Teutschen Staatsrechte, Bibliothek des öffentlichen Rechts – Altes Reich 8.2., S. 85-241 – BENJAMIN FERDINAND VON MOHL, Historisch=politische Vergleichung der beyden höchsten Reichsgerichte in ihren wichtigsten Verhältnissen, Ulm 1789; DERS., Versuch eines Systemes der Gerichtsbarkeit des kayserlichen Reichs= Cammergerichtes, zwei Teile, Tübingen 1791 – D. DANZ, Grundsätze des Reichsgerichts=Prozesses, Stuttgart 1795.
6. Vgl. PÜTTER, Anleitung zum Teutschen Staatsrechte (wie Anm. 5), Zusätze XII. und XIII. (Faltblatt).
 7. VON MOHL; Gerichtsbarkeit (wie Anm. 5), I. Teil, vgl. die Übersicht S. XXIII-XXXII.
 8. Vgl. erstes Buch, erste Observation, S. 3-20. THOMAS LONCIUS hat sich aber keineswegs mit einer Übertragung dieses bedeutenden Werkes des berühmten Kameralisten in die deutsche Sprache begnügt. Vielmehr wird im Titel des Druckes von 1673 ausdrücklich betont, daß das Werk von ANDREAS GAILL nicht nur: *In die teutsche Sprach vertiert vnd übersetzt.* sondern auch *Anjetzo aber widerumb von newem übersehen, gebessert, vnd sowol mit deß Joachim Mynsingers berühmten Centurien, als auch auß denen Reichs=Abschiden, Chur Bayrischen Land- vnd andern Rechten vermehrt worden.* ist.
 9. RUDOLF SMEND, Das Reichskammergericht. Erster Teil: Geschichte und Verfassung, (= Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Bd. IV, Heft 3), Neudruck der Ausgabe Weimar 1911, 1965, S. XII f.
 10. WOLFGANG SELLERT, Über die Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht insbesondere in Strafsachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (= Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. Neue Folge, Bd. 4), 1965, passim.
 11. HEINRICH WIGGENHORN, Der Reichskammergerichtsprozeß am Ende des alten Reiches, 1966.
 12. RKGO 1555, zitiert nach LAUFS, Reichskammergerichtsordnung (wie Anm. 1), S. 57-280.
 13. Alle zitiert nach GEORG MELCHIOR VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis, Franckfurt am Mayn 1724.
 14. RKGO 1495, zitiert nach ARNO BUSCHMANN, Kaiser und Reich. Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806 in Dokumenten; Teil I: Vom Wormser Konkordat 1122 bis zum Augsburger Reichsabschied 1555, S. 172-187.
 15. Zitiert nach SMEND, Reichskammergericht (wie Anm. 9), S. 385.
 16. Nach WALTER LATZKE, Das Archiv des Reichskammergerichts, ZRG GA, 78.

Bd. Weimar 1973, S. 321, wechselte das Reichskammergericht in der frühen Zeit seinen Sitz folgendermaßen: 1495-99 Frankfurt a. M., 1501 Nürnberg, 1503/04 Regensburg, 1507/09 Regensburg, 1509-1513 Worms, 1513/1514 Speyer, 1514-1519 Worms, 1521-1524 Nürnberg, 1524-1527 Eßlingen und schließlich 1527-1668 ständig in Speyer.

17. SMEND, Reichskammergericht (wie Anm. 9), S. 46.
18. Ständischer Entwurf RKGO 1486, zitiert nach KARL ZEUMER, Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit, zwei Teile, Tübingen 1913, 1. Teil, Nr. 172, S. 276-280, Titel XI.
19. Ständischer Entwurf RKGO 1486, Titel XIV.
20. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXVII.
21. Vgl. hierzu i.e. REINHARD SEYBOTH, Kaiser, König, Stände und Städte im Ringen um das Kammergericht 1486-1495, in: Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte, hrsg. von BERNHARD DIESTELKAMP (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 21), 1990, S. 5-23.
22. RKGO 1495, § 16.
23. RKGO 1495, § 29.
24. MICHAEL KOTULLA, Austrägalinstanz, HRG I, ²2005, Sp. 387 f.; FRIEDRICH MERZBACHER, Austrägalinstanz (instantia austregalis), HRG I, ¹1971, Sp. 273 f.
25. RKGO 1495, § 28.
26. Eodem.
27. Vgl. i.e. RKGO 1495, § 30.
28. RKGO 1495, § 18.
29. So auch die RKGO von 1555, Erster Teil, Titel L, § 6; vgl. zum Wortlaut i.e. auch unten Anm. 143.
30. Ausdrücklich wird das Recht zur Appellation ans Reichskammergericht nicht erwähnt.
31. RKGO 1495, § 13.
32. RKGO 1495, § 24.
33. RKGO 1495, § 31.
34. Die Zuständigkeit des Reichskammergerichts wurde in den folgenden Jahrhunderten durch die sukzessive Gewährung von Appellationsprivilegien an zahlreiche Reichsstände in nicht unerheblichem Umfang weiter eingeschränkt. Vgl. dazu umfassend ULRICH EISENHARDT, Die kaiserlichen privilegia de non appellando (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 7), 1980, passim. Zu den unzulässigen Appellationsbeschränkungen vgl. JÜRGEN WEITZEL, Der Kampf um die Appellation ans Reichskammergericht. Zur politischen Geschichte der Rechtsmittel in Deutschland (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichts-

barkeit im Alten Reich, Bd. 4), 1976, passim.

35. Cap. 8 und cap. 11.

36. Vgl. insoweit die eindeutige Anweisung des brandenburgischen Kurfürsten an seine Gesandten in Worms: *Das wir aber wider unser kftl. Freiheit, durch unser vorfaren und unser bisher in craft der Guldin Bullen erhalten, uns dem cammerrichter und beysitzern [...] sollten underwerfen, können wir [...] nicht finden. Darumb wollet von unsern wegen darein nicht verwilligen.* Zitiert nach Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe, Bd. V. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Maximilian I. Reichstag von Worms 1495. Band II, bearbeitet von HEINZ ANGERMEIER, Göttingen 1981, Nr. 1731 S. 1294.

37. Zum Stand der Erschließung der überlieferten Prozeßakten des RKG in den einzelnen Verwahrarchiven durch „Inventar(e) der Akten des Reichskammergerichts“ vgl. BERND SCHILDT, Inhaltliche Erschließung und ideelle Zusammenführung der Prozeßakten des Reichskammergerichts mittels einer computergestützten Datenbank, Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR), 25. Jg. (2003), S. 269-290. Der jeweils aktuelle Verzeichnungsstand kann unter <http://www.ruhr-uni-bochum.de/rkg-forschung/> eingesehen werden.

38. RKGO 1495, § 16.

39. RKGO 1495, § 16.

40. RKGO 1495, § 28.

41. RKGO 1495, § 30.

42. RKGO 1495, § 18.

43. RKGO 1495, § 30, im Zusammenhang mit der Gewährung freien Geleits für den Kläger und die ihn begleitenden bzw. von ihm entsandten Personen; ähnlich beiläufig auch die Bezugnahme in § 6 des Ewigen Landfriedens. Im übrigen wird die Errichtung des Gerichts bereits im Protokoll mit dessen Notwendigkeit zur Wahrung des Landfriedens, *nachdem derselbig on redlich, erber und furderlich Recht schwarlich in Wesen besteen möchte, darumb [...] des Hailigen Reichs Cammergericht [...] aufgericht ...*, motiviert. Dieser Zusammenhang wird auch noch im RA von 1529, § 27 betont.

44. RKGO 1495, § 28.

45. RKGO 1495, § 30.

46. Einen detaillierten zeitlichen Überblick bietet EISENHARDT, Die kaiserlichen privilegia de non appellando (wie Anm. 34), S. 127 ff. Er führt bis zum Ende des Alten Reiches insgesamt ca. 280 Privilegierungen auf, von denen allerdings eine beträchtliche Zahl mehrfach und z.T. lediglich bestätigend für den gleichen Reichsstand erfolgte.

47. RKGO 1495, Protokoll.

48. Insoweit ist die allgemein üblich gewordene Bezeichnung „Reichskammergericht“ streng genommen unzutreffend. Sie wird auch noch in den Formu-

lierungen der RKGO von 1555 und im Concept von 1613 vermieden. In der Ordnung von 1555 heißt es zwar im Titel: *Der römischen kays. Maistat und gemeiner stende des heiligen reichs angenommene und bewilligte cammergerichtsordnung*, ... ; im Text ist dann aber immer wieder vom *kayserlich cammergericht* (Erster Teil, Titel I und auch im Titel des zweiten Teils) oder *keyserlichen cammerrichters* (Erster Teil, Titel IX) die Rede. Zum taktischen Verhalten Maximilians gegenüber den Ständen vgl. SEYBOTH (wie Anm. 21), insbesondere S. 21 ff.

49. Vgl. Anm. 14.
50. So 1499, 1502, 1519, Juni 1544 – Oktober 1548.
51. Alle zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13).
52. RKGO 1500, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 12-21, Titel XI u. XII.
53. RKGO 1500, Titel XXI, § 2.
54. RKGO 1507 (Konstanz), zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 20-27, Titel XVIII.
55. RKGO 1507, Titel XVI, § 1.
56. RKGO 1507, Titel IV.
57. RKGO 1495, § 16.
58. RKGO 1521, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 44-56, Titel XXII.
59. RKGO 1521, Titel XXX.
60. RA 1512, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 39-40, § 58.
61. RKGO 1521, Titel XXXII, § 1.
62. Eodem.
63. RA 1512, § 57.
64. RKGO 1521, Titel XXXII.
65. RA 1532, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 80-83, § 15.
66. RKGO 1521, Titel XXXI (mit immerhin 11 Paragraphen).
67. RKGO 1521, Titel XXXII, § 2.
68. RKGO 1495, § 30.
69. RKGO 1521, Titel XXXIV.
70. RKGO 1495, § 30. Vgl. auch o. bei Anm. 24.
71. RKGO 1521, Titel XXXIV, § 1.
72. RKGO 1521, Titel XXXIV, §§ 15 f.
73. RKGO 1521, Titel XXXIV, § 17.
74. RKGO 1521, Titel XXXIV, § 18.
75. RKGO 1521, Titel XXXIV, § 20.
76. RKGO 1521, Titel XXIV.

77. RKGO 1521, Titel XXIV, § 1.
78. RKGO 1521, Titel XXIV, § 2. Es folgen dann in den §§ 3 und 4 prozessuale Vorschriften.
79. RKGO 1521, Titel XXXIII.
80. RA 1532, § 2.
81. RA 1532, § 12. Vgl. hierzu auch JÜRGEN WEITZEL, Zur Zuständigkeit des Reichskammergerichts als Appellationsgericht, ZRG GA, 90. Bd., Weimar 1973, S. 213-245, bes. S. 231 ff.
82. Als letzte Reichskammergerichtsordnung kann diese *Cammer=Gerichts=Ordnung von 1555* insoweit bezeichnet werden, als das *Concept der Cammer=Gerichts=Ordnung vom Jahr 1613* niemals in formellem Sinn Rechtskraft erlangt hat, gleichwohl aber in der Kameralpraxis ohne weiteres angewandt worden ist.
83. Zum verfassungsrechtlichen Kontext der Entstehungsgeschichte dieser Ordnung in der ersten Hälfte des 16. Jhs. vgl. PETER SCHULZ, Die politische Einflussnahme auf die Entstehung der Reichskammergerichtsordnung 1548 (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 9), 1980, passim.
84. In § 36 des RA von 1548 heißt es insoweit durchaus programmatisch: *So haben Wir demnach alle Cammer=Gerichts=Ordnungen, Bess=und Aenderungen, wie die auf vielen hiebevorgehaltenen Reichs=Taegen gemacht, geordnet und gestellt sind, nach aller Nothdurfft besichtigen, und zu Erhalt=und Beförderung der Justitz im H. Reich mit Rath und Bewilligung Chur=Fürsten, Fürsten und gemeiner Staende, auch der abwesenden Bottschafften, etlicher massen aendern, bessern, und in eine lautere gemeine Ordnung bringen, verfertigen und ausgehen lassen: Darauf setzen, ordnen, meynen und wollen Wir, daß unser Cammer=Richter und Beysitzere, auch Advocaten, Procuratores, und alle und jede Partheyen, so an gedachtem Cammer=Gericht zu thun und zu handeln haben, und sonst Maenniglich dem Reich unterworffen, solcher Unser und des Reichs gemeiner Cammer=Gerichts=Ordnung treulich nachkommen, geleben deren allenthalben gemaß handeln, ...*
85. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel VIII, §§ 1, 15, 17 und Titel 20, § 4.
86. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel I.
87. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel I, § 2.
88. RKGO 1495, § 16; dem Grunde nach bestätigt auch in der von RKGO 1521, Titel XXXIV, § 19.
89. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel II-VIII.
90. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel V.
91. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel VII.
92. Vgl. RKGO 1495, § 28.
93. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel II.

94. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel III.
95. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IV.
96. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel V.
97. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel V, § 1.
98. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel VI.
99. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel VI, § 1; so auch bereits in der von RKGO 1521, Titel XXXIV, § 12.
100. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch 3. Observation, Nr. 2, S. 24. Vgl. auch den Landfrieden Karls V. von 1548: *mit gewehrter Hand und gewaltiger That*, zitiert nach ZEUMER, Quellensammlung II (wie Anm. 18), Nr. 187, S. 33-340, § 1. Zur Problematik des Landfriedensbruchs insgesamt vgl. HANS HOLZHAUER, Landfrieden II (Landfrieden und Landfriedensbruch), HRG II, 1978, Sp. 1465-1485, bes. Sp. 1481-1483
101. LAUFS, Reichskammergerichtsordnung (wie Anm. 1), S. 42.
102. RKGO 1555, Zweiter Teil, Überschrift vor Titel IX-XXVII.
103. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXVII.
104. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IX.
105. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IX, § 1.
106. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IX, § 2. Für die Verhängung der Reichsacht waren alternativ zuständig: ... *die keiserliche maistat, uns als römischen könig oder das keiserlich cammergericht mit vorgehender citation oder fürheischung also in die vermelt acht gefallen sein, ...* . Das galt gemäß Titel XVIII auch für die Absolution von der Reichsacht.
107. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XIX.
108. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IX, §§ 3, 4. Das Reichskammergericht war hier alternativ zum Kaiser bzw. in dessen Abwesenheit dem *römische(n) könig* zuständig.
109. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IX, § 5.
110. Reinigung vom Vorwurf des Landfriedensbruchs.
111. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel X, § 2.
112. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel X, § 1.
113. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XI-XIII.
114. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XIV.
115. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XV.
116. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XVI.
117. RKGO 1555; Zweiter Teil, Titel XVII. Diese neugefaßte Vorschrift knüpft an das auf dem Augsburger Reichstag beschlossene Kreisexekutionsrecht an; vgl. insoweit insbesondere die §§ 65 ff. des RA von 1555, nach ZEUMER, Quellensammlung II, Nr. 189, S. 341-370, 354 f.
118. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 1, 9.
119. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 2.

120. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 3.
121. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 4.
122. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 5.
123. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 6.
124. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 7.
125. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX, § 8.
126. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXI, § 1; vgl. auch RKGO 1521, Titel XXXII.
127. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXI, § 2.
128. Vgl. RKGO 1521, Titel 32 und RA 1532, § 15.
129. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXII. Unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr – also des präventiven Landfriedensschutzes – wurde das Verfahren zur Aufhebung eigenmächtiger Pfändungen dem Possessionsprozeß ausdrücklich gleichgestellt. Vgl. dazu i.e. auch MANFRED HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts, jur. Diss. Berlin 1966 (MS), S. 30 ff.
130. Gegen ein *mandatum sine clausula justificatoria* (unbedingtes Mandat) war keine Rechtfertigung möglich; der Empfänger des Mandats war allein auf den Nachweis der Unrichtigkeit der sachlichen Grundlagen des Mandats beschränkt. Vgl. HINZ, Mandatsprozeß, HRG III, ¹1984, Sp. 235.
131. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXIII. Es wurde nach dieser Vorschrift neben den Sachverhalten der Pfändung und Gefangennahme (vgl. Titel XXII) gewährt bei offenkundigem Unrecht der Gegenpartei (*ob factum injustificabile*), bei Gefahr im Verzuge (*ob periculum in mora*), bei Verstößen gegen den gemeinen Nutzen (*ob detrimentum rei publicae*) und wenn irreparable Schäden drohten (*ob damnum irreparabile*). Zu den Voraussetzungen i.e. vgl. HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts (wie Anm. 129), S. 52 ff.
132. Vgl. dazu i.e. HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts (wie Anm. 129), S. 19 f.
133. RA 1532, § 2.
134. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXV.
135. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXVI.
136. JÜRGEN WEITZEL, Appellation, HRG I, ²2005, Sp. 268-271; GERHARD BUCHDA, Appellation, HRG I, ¹1971, Sp. 196-200.
137. RKGO 1555, Titel XXVIII, § 1; vgl. auch die inhaltlich gleiche Regelung in der RKGO von 1495, § 28.
138. RKGO 1495, § 13.
139. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel 29, § 1.
140. RA 1532, § 12.
141. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel 28, § 2. Vgl. WEITZEL, Zuständigkeit des Reichskammergerichts (wie Anm. 81), S. 231 ff.
142. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel 28, § 5.

143. RA 1530, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 70-74, § 95.
144. Concept 1613, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 567-764, Zweiter Teil, Titel XXXI, § 14. Zur Entstehungsgeschichte und Bedeutung dieses Concept[s] der Cammer=Gerichts=Ordnung vom Jahr 1613 vgl. Abschnitt IV.
145. WERTZEL, Appellation, HRG I, ²2005, Sp. 270, sieht in der Regelung des RA von 1530 ein „im Vorfeld der Entstehung der Carolina“ erlassenes Verbot „in peinlichen Strafsachen A. anzunehmen.“
146. Für eine solche Sicht spricht auch eine weitere Bestimmung, die in einem anderen Kontext bereits erwähnt wurde (vgl. oben Anm. 27). Mit Blick auf den privilegierten Gerichtsstand der „Kameralen“ und im Zusammenhang mit der Zuständigkeit des Reichskammergerichts in *freveln oder malefitz* wird die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts mit der Maßgabe begründet, daß *solche mißhendler* – also straffällige Kamemale – mit *thurn oder gefengknuß* zu strafen seien. Weiter heißt es dann und insoweit die Zuständigkeit des RKG einschränkend ... *ob die sach leibstraff erheyschte [...] alßdann der obrigkeyt gemelter stadt, wie sich gebürt, zu berechnen und zu straffen befelhen.* (RKGO 1555, Erster Teil, Titel I., § 6). Mit dieser Vorschrift wurde allerdings lediglich eine bereits in § 18 der RKGO von 1495 enthaltene Regelung fortgeschrieben. Vgl. auch EBERHARD SCHMIDT, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Aufl. Göttingen 1983, S. 64 f., SCHMIDT zählt zu den peinlichen Strafen auch die Ehrenstrafen und die Freiheitsstrafe.
147. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXVIII, § 4.
148. RA 1570, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 305-311 (Extrakt), §§ 66 ff.
149. RA 1600, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 535-595, §§ 14, 16.
150. In der Sache wird nicht nur die Appellationssumme der Höhe nach aus der RKGO von 1521 übernommen, sondern es werden darüber hinaus die diesbezügliche Regelung dieser Ordnung insgesamt – einschließlich der Ausnahmen und der Sonderregelung bei unklarem Streitwert – voll inhaltlich fortgeschrieben (Titel XXIV, §§ 1, 2); vgl. i.e. oben bei Anm. 74-76.
151. RKGO 1495, § 24.
152. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXVIII, § 6, Titel XXIX, §§ 3, 4.
153. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXVIII, § 3.
154. Vgl. RA 1600, § 4.
155. Vgl. RA 1570, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm. 13), S. 305-311 (Extrakt).
156. Vgl. RA 1594, zitiert nach VON LUDOLFF, Corpus Juris Cameralis (wie Anm.

- 13), S. 453-462 (Extrakt).
157. RA 1570, § 84.
158. RA 1594, §§ 81-87.
159. RA 1600, § 48.
160. Concept 1613, Zweiter Teil, Titel XXIV.
161. Zur Bedeutung der Pfändungskonstitution für den 'Territorialisierungsprozeß in kleineren Territorien vgl. ANNA-MARIA SAVELSBERG, Die Pfändungskonstitution der RKGO 1555, Teil 2 Tit. 22 als ein landesherrliches Mittel zum Ausbau der Territorialstaatlichkeit, München 2004.
162. Umfassend zum Mandatsprozeß sine clausula vgl. HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts (wie Anm. 129), passim; DERS., Mandatsprozeß, HRG III, '1984, Sp. 234-238; MANFRED UHLHORN, Der Mandatsprozeß sine clausula des Reichshofrats (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 22), 1990 S. 50-67.
163. Concept 1613, Zweiter Teil, Titel XXIV.
164. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), vgl. dort insbesondere zur Wirkungsgeschichte die Angaben zu den Neuauflagen.
165. Diese Zuständigkeitsfragen werden zum überwiegenden Teil in der ersten Observation (im ersten Buch, erster Titel) zunächst ganz allgemein und summarisch umschrieben, um dann im einzelnen in den nachfolgenden Observationen (vornehmlich im ersten Titel des ersten Buches) ausführlich behandelt zu werden. Teilweise hat es aber auch bei den Ausführungen in der ersten Observation sein Bewenden.
166. Das betraf beispielsweise die Gewährung sicheren Geleits (RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel X) und Klagen gegen Obrigkeiten, die flüchtige Untertanen nicht ihrer Obrigkeit überantworteten (RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XIV).
167. Bei einer ganzen Reihe von Fallgestaltungen ergibt sich die erstinstanzliche Zuständigkeit des RKG unter verschiedenen Gesichtspunkten. Vgl. dazu im einzelnen die in den Anm. 169, 171, 173, 178, 179, 184, 193, nachgewiesenen Sachverhalte.
168. Besonders beim Kriterium der Reichsunmittelbarkeit finden sich relativ viele Fallgestaltungen, die auch anderen Problemkreisen, insbesondere dem des Untertanenschutzes zugerechnet werden können. Vgl. dazu die Anm. 171, 173, 178, 179.
169. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3, 27 f. In der Sache ging es bei dem *mandatum de non offendendo* darum, unterhalb der Schwelle eines durch offene *werbung und rüstung* vorbereiteten Landfriedensbruchs i.S.v. Titel IX, §§ 3 und 4 RKGO von 1555 ein Unterlassungsgebot des Reichskammergerichts wegen bloßer Gewaltandrohung zu ermöglichen; vgl. RA 1594, § 76. Zu den Einzelheiten vgl. HINZ, Der Mandats-

- prozeß des Reichskammergerichts (wie Anm. 129), S. 47 ff.
170. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3, 49-51.
 171. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3, 36-38. Pfändungsklagen betreffen zugleich den Problembereich des Landfriedensbruchs, vgl. auch bei Anm. 191, 193.
 172. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 5, 296-298.
 173. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 5. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des RKG würde sich hier auch dem Gesichtspunkt des Untertanenschutzes zuordnen lassen.
 174. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 5 f. Das Privileg der *Außtrüg* galt für alle *vornehme Reichs=Stätt*; ausdrücklich genannt werden: Regensburg, Memmingen, Nürnberg und Worms.
 175. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6, 84-88. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des RKG würde sich hier auch dem Gesichtspunkt des Untertanenschutzes zuordnen lassen.
 176. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6. Promotoriales sind „Förderungsbriefe“ des RKG an die Obrigkeiten, die darauf abzielten, deren Gerichte zu zügiger Rechtsgewährung anzuhalten und den Klägern nicht das Recht zu verweigern. Vgl. BETTINA DICK, Die Entwicklung des Kameralprozesses nach den Ordnungen von 1495 bis 1555, (= Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 10), 1981, S. 54 (Anm. 460), 67 f. Vgl. auch VA von 1550, § 20.
 177. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6 f.
 178. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 7, 54-59; vgl. auch RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXIII. Grundsätzlich mußten beide Teile, mindestens aber der Beklagte reichsunmittelbar sein.
 179. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 8; vgl. auch RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel II-V. GAILL begründet zunächst am Beispiel eines Verstoßes gegen Titel V (Reichsunmittelbare Beklagte benennen nicht binnen Monatsfrist drei Fürsten zur Auswahl des Klägers als Richter in der betreffenden Angelegenheit), bezieht aber anschließend Fälle der Nichtbeachtung der Vorschriften in den Titeln II-IV ausdrücklich ein.
 180. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 8 f. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des RKG würde sich hier auch dem Gesichtspunkt des Untertanenschutzes zuordnen lassen.
 181. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 10. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des RKG würde sich hier auch dem Gesichtspunkt des Untertanenschutzes zuordnen lassen.
 182. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 10.
 183. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 10, 468 f.; *Dann gemeiner RechtsRegul nach, wird von dem Vrthel des selbst erkornen*

Schid=Richters nicht appelliret, [...] Dann durch den weeg der Reduction, kan man alsbald, also, daß die ordentliche Richter vermög der Austräg, nicht dörfen vors erste ersucht werden, an die Cammer supliciren, vnd vmb Prozeß anlangen. Reduction ist auf Wiederherstellung des vorigen Zustandes, vor der schiedsgerichtlichen Entscheidung, gerichtet.

184. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 10 f.

185. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3 f.

186. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 7, 96 f.; vgl. auch RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel VII. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des RKG würde sich hier auch dem Gesichtspunkt der (dinglichen) Reichsunmittelbarkeit zuordnen lassen.

187. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 7 f., 199-202.

188. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 8.

189. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 9 f.

190. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 11.

191. Die Regelung in der RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel VII betrifft nur Reichslehensachen und ist insoweit nicht einschlägig. Gleichwohl geht GAILL., in seinen Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 11 f. (ohne Bezugnahme auf die genannte Vorschrift) zwar davon aus, daß es sich bei Klagen in Lehensachen um Ausnahmen von der eingangs genannten *RechtsRegul* handelt; dennoch begründet er anschließend die erstinstanzliche Zuständigkeit der verordneten *Lehen=Richter* und verwirft ausdrücklich die Anwendbarkeit der Vorschriften über die *Außträg in der Cammer=Gerichts=Ordnung ...*. Insoweit wird also die erstinstanzliche Zuständigkeit der *Lehen=Richter* begründet und nicht die des Reichskammergerichts. Schließlich stellt GAILL. im weiteren fest: *Es wird auch von ihren gesprochenen Vrteln alsbald an das Cammer=Gericht appelliret, wo nicht eine nähere Obrigkeit verhanden, ...*. Nicht einmal für die Appellation gegen Urteile der Lehensgerichte besteht also eine ausschließliche Zuständigkeit. Mit einer erstinstanzlichen Zuständigkeit des Reichskammergerichts lassen sich derartige Ausführungen kaum vereinbaren. Vgl. zur demgegenüber eindeutigen Problematik der Zuständigkeit in Reichslehensachen auch unten bei Anm. 209.

192. Gewährung eines (*salvus conductus*) sicheren Geleits; Klagen gegen Obrigkeiten, *so außgedrettne underthanen wider yhr oberkeyt enthalten*, (RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XIV); Konfirmation von Vergleichen und Privilegien; Beeinträchtigung der hergebrachten Rechte der Juden sowie Gestattung von bzw. Streitigkeiten um Rechtswohlthaten.

193. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3, 23-25; Verweis auf RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel IX-XV.

194. GAILL., Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3, 21-23;

- unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Augsburger Religionsfrieden.
195. Hier überschneidet sich das Kriterium des Landfriedensbruchs mit dem der Reichsunmittelbarkeit; vgl. insoweit auch Anm. 169.
 196. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3, 27 f.; vgl. auch Anm. 167.
 197. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 4, 28-35; vgl. auch RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXI.
 198. Eine ganze Reihe von weiteren Fallgestaltungen, die unter den Gesichtspunkt des Untertanenschutzes fallen, wurden bereits unter dem Kriterium „Reichsunmittelbarkeit“ (vgl. Anm. 171, 173, 178, 179) erfaßt.
 199. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 5. GAILL betont ausdrücklich, daß im umgekehrten Fall die erstinstanzliche Zuständigkeit der betreffenden fürstlichen Räte gegeben ist.
 200. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 4 f., 43 f.
 201. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6, 76-79; vgl. dazu RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XXIV.
 202. Das betrifft im einzelnen: Klagen reichsmittelbarer Personen gegen den reichsunmittelbaren Adel; Klagen von Untertanen und sonstigen Personen gegen Reichsunmittelbare, die in bürgerlichen Sachen auf Haftentlassung gegen genugsame Kautions klagen; Persönliche Klagen gegen Reichsunmittelbare und Untertanenprozesse gegen nichtfürstmäßige Reichsunmittelbare. (vgl. Anm. 171, 173, 178, 179).
 203. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6, 90-93.
 204. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6, 67-69; vgl. auch RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel XX.
 205. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 8; in der Sache ging es um Lohn bzw. Besoldung von Prokuratoren, Advokaten oder am *Cammer=Gericht verordneten* Kommissaren. Zum privilegierten Gerichtsstand der Kameralen in Strafsachen vgl. RKGO 1555, Erster Teil, Titel L, § 6.
 206. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 6, 106-108.
 207. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 7, 137 f.; unter Hinweis auf RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel II, § 1.
 208. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3.
 209. Vgl. dazu ausführlich SELLERT, Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht (wie Anm. 10), passim. A. A. ist EISENHARDT, Die kaiserlichen privilegia de non appellando (wie Anm. 34), S. 53 f., EISENHARDT schätzt wohl auch sonst die Bedeutung des Reichskammergerichts gegenüber der des Reichshofrats eher geringer ein.
 210. Zu den sich daraus ergebenden Folgeproblemen vgl. SELLERT, Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht (wie Anm.

- 10), S. 112.
211. Vgl. dazu im einzelnen und mit zahlreichen Belegen aus den Prozeßakten und dem zeitgenössischen Schrifttum SELLERT, Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht (wie Anm. 10), S. 64-72. A. A. wieder EISENHARDT, Die kaiserlichen privilegia de non appellando (wie Anm. 34), S. 53.
212. Die Datenerhebung erfolgte auf der Grundlage der überwiegend nach einheitlichen Grundsätzen erstellten „Inventar(e) der Akten des Reichskammergerichts“. Berücksichtigt werden konnten dabei nur die inventarisierten Reichskammergerichtsprozesse, die im Rahmen eines noch laufenden Projekts zur digitalisierten Zusammenführung und inhaltlichen Auswertung in einer Datenbank bereits erfaßt worden sind. Momentan sind die überlieferten Prozesse des Reichskammergerichts zu etwa einem Drittel in dieser Datenbank erfaßt. Der jeweils aktuelle Datenbestand wird unter <http://www.ruhr-uni-bochum.de/rkg-forschung/> nachgewiesen. Zu diesem Datenbankprojekt i.e. vgl. SCHILDT, Inhaltliche Erschließung und ideelle Zusammenführung der Prozeßakten des Reichskammergerichts (wie Anm. 35), passim.
213. Vgl. Anm. 4.
214. RKGO 1555, Zweiter Teil, Titel V.
215. In diesem Sinn auch HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts (wie Anm. 129), S. 17 f.
216. GAILL, Practicarum observationum (wie Anm. 5), 1. Buch, S. 3.
217. HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts (wie Anm. 129), S. 19.
218. Vgl. HOLZHAUER, Landfrieden II (Landfrieden und Landfriedensbruch), HRG II, '1978, Sp. 1482.
219. So beispielsweise in der Kammerichtsordnung von 1555 die eigenmächtige Pfändung (Pfändungskonstitution gem. Zweiter Teil, Titel XXII); im Concept der Kammergerichtsordnung von 1613 in Zweiter Teil, Titel XXIV findet sich eine vergleichbare Regelung für den Arrest.
220. HOLZHAUER, Landfrieden II (Landfrieden und Landfriedensbruch), HRG II, '1978, Sp. 1481 f.
221. Vgl. dazu i.e. EISENHARDT, Die kaiserlichen privilegia de non appellando (wie Anm. 34), S. 45 ff.; ferner grundlegend, GERHARD BUCHDA, Appellationsprivilegien, HRG I, '1971, Sp. 200-201.
222. Vgl. oben bei Anm. 158.
223. Vgl. hierzu WIGGENHORN, Reichskammergerichtsprozeß (wie Anm. 11), S. 57-81.

Umschlagabbildung:

© Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel
Diesterweg Schönigh Winklers GmbH

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-37-X

Umschlagabbildung:

© Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel
Diesterweg Schönigh Winklers GmbH

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-37-X